

Wöchentlich 65 Bl. monatlich 3,50 M. im Voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M. einschließlich 60 Blg. Postgebühren- und 72 Blg. Postbefreiungsgeldern. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kameradschaft“, „Fremd-Unterhaltung und Witz“, „Frauenstimme“, „Licht“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die wichtigsten Kampfbroschüren 80 Pfennig, Postamtliche 1.— Reichsmark. „Kleine Hefchen“ des eingetragenen Verlags (jeweils 100 bis 200 Hefchen) jedes Hefchen 10 Pfennig. Einrückgebühren des ersten Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsblätter 50 Pfennig. Familienabonnements 3/4 des Preises. Anzeigenabonnements im Hauptgeschäft: Lindenstraße 3, wöchentlich von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter Anaristien und Bremen, Wallstr. 65 D. S. u. D. B. — Bei Postkontenlinie Lindenstr. 3.

Hochspannung in Indien.

Massenproteste gegen Gandhis Verhaftung.

Bombay, 5. Mai.

Abbas Tyabji, den Gandhi zur Führung seiner Freiwilligen im Falle seiner Verhaftung bestimmt hatte, hat seinen Posten angetreten.

In einer Kundgebung, die er vor seiner Festnahme diktierte, fordert Gandhi seine Anhänger auf, den Kampf fortzusetzen, denn es sei unmöglich, ohne Opfer die Unabhängigkeit zu erreichen.

Aus Lahore wird gemeldet, daß auf die Nachricht der Verhaftung Gandhis hin alle Schulen geschlossen wurden. Fünfzehn freiwillige Mitglieder des Kongresses wurden bei der Bildung von Posten vor den Geschäften, die ausländische Stoffe verkaufen, verhaftet.

Eine Massenversammlung von mehr als 100 000 Personen wurde heute Abend in Bombay abgehalten. Die Redner forderten die Anwesenden auf, weiterhin keine Gewalt anzuwenden und den Kampf fortzusetzen und beglückwünschten Gandhi zu seiner Verhaftung.

In Karatschi ist die Lage äußerst gespannt.

Warum Gandhi verhaftet wurde.

New Delhi, 5. Mai. (Eigenbericht.)

Die Festnahme Gandhis erfolgte durch den Distriktsmagistrat von Jalapur, der vom Polizeipräsidenten des Bezirks, seinem Stellvertreter und 20 bewaffneten Polizisten begleitet war. Das Detachement, das im Wagen von Jalapur nach Karadi gefahren war, traf dort um 12,45 Uhr nachts ein. Gandhi schlief bereits und wurde durch das Aufblitzen der elektrischen Taschenlampen geweckt. Er fragte, was man von ihm wünsche und forderte, nachdem er über den Zweck des Besuchs unterrichtet worden war, Reminiscenzen von dem Haftbefehl. Dieser wurde vorgelesen, worauf sich Gandhi, ohne Widerstand zu leisten, ankehlte. Er nahm sein tragbares Spinnrad mit und überreichte vor seiner Abführung einem seiner Anhänger einen für den Vizekönig Lord Irwin bestimmten Brief. Die weiteren Einzelheiten seiner Ueberführung in das Gefängnis sind bereits bekannt.

Die Nachricht von der Verhaftung wurde in Bombay durch Gandhis Anhänger schnellstens bekannt gegeben. Man lenkte die Aufmerksamkeit der Bewohner durch Schellengeklänge auf sich. Die Landsteuere Gandhis wurden aufgefördert, den

Montag und Dienstag als Trauertag (Hartal)

zu begehren. Die Regierung von Bombay forderte sofort zwei Detachements des englischen Ost-Bancahire-Regiments an und brachte sie im Zentrum der Spinnereibezirke unter. Motorradpatrouillen von Freiwilligen bemant, durchfahren die Stadt.

In einem offiziellen Kommuniqué über die Verhaftung Gandhis sagt die Regierung von Bombay u. a. folgendes: „Die Gandhibewegung ist angeblich gewaltlos. Aber sie hat, wie jede derartige Bewegung in der Vergangenheit, zu Gewaltakten geführt, die sich von Tag zu Tag mehrien. Gandhi hat zwar ständig diese Gewaltausbrüche der gegen seine Weisung handelnden Anhänger bedauert, seine Proteste sind jedoch schwächer und schwächer geworden und es ist deutlich, daß er nicht mehr länger imstande ist, sie zu kontrollieren. Die Regierung von Bombay hat von dem Augenblick an, an dem Gandhi Ahmedabad verließ, eine Politik größter Mäßigung verfolgt. Sie hat es sich gefallen lassen, der Schwäche beschuldigt zu werden, da sie fest davon überzeugt war, daß die Ueberführung des Salzgesetzes, solange sie ohne Gewalttätigkeiten erfolgt, früher oder später zu einem friedlichen Ende gelangen muß. Die Ereignisse haben gezeigt, daß sich die Geschichte der früheren Bewegungen des passiven Widerstandes

mit ihren blutigen Begleiterscheinungen

miederholen würde, falls Gandhis Feldzug kein Ende bereitet wird. Unter diesen Umständen hat sich die Regierung von Bombay nach voller Beratung mit der Regierung von Indien entschlossen, Gandhi nicht länger in Freiheit zu lassen, ohne die Ruhe Indiens schwer zu gefährden. Es wird jede Vorsorge für Gandhis Gesundheit und Wohlergehen während der Dauer seiner Haft getroffen werden.“

„Mehr eine Internierung.“

London, 5. Mai.

Das Amt für Indien gibt bekannt, daß Gandhis Haft mehr eine Internierung als eine Gefangenschaft sein werde.

Die drei Polizeikraftwagen trafen in Buna mit Gandhi im Gefängnis ein. Gandhi erklärte dem Vertreter des Reutersbüros, daß ihm auf der Fahrt jegliche Bequemlichkeit gewährt worden sei.

Man glaubt, daß die Regierung ihm eine monatliche Pension von hundert Rupien für seinen Lebensunterhalt sowie den ihm Unterstellten eine Lebensmittelbeihilfe zubilligen werde.

Die Krise der Demokraten.

Vertrauensvotum des Parteivorstands für die Reichstagsfraktion.

Die Sitzung des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei, die am Montag im Reichstag stattfand und sieben Stunden dauerte, endete wie das Hornberger Schießen. Sie war einberufen worden, weil sich in der Parteimitgliedschaft große Beunruhigung wegen der Meldungen zeigte, wonach die demokratischen Führer für den Fall der Reichstagsauflösung Wahlkompromisse mit der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei und den Christlichnationalen abgeschlossen hätten, gemeinsame Listen mit allen diesen Parteien planten und sich mit ihnen zu einer Partei vereinigen wollten.

Der Parteivorstand, der Reichstagsabgeordnete Koch-Mejer, bezeichnete diese Behauptungen als lächerlich und Phantasiegepinste eines Abgeordneten. Der demokratische preussische Landtagsabgeordnete Dr. Grzimek, der in einem Artikel im „Berliner Tageblatt“ wegen dieser Verhandlungen gegen den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion scharfe Angriffe gerichtet hatte, wurde vor den Parteivorstand zitiert, dem er persönlich nicht angehört.

Die Reichstagsabgeordneten Oskar Rappex, Hummel und Dr. Fischer erklärten recht energisch, sie hätten niemals entgegen den Behauptungen Grzimets Verhandlungen wegen Kandidatenlisten geführt. Nun entschuldigte sich Dr. Grzimek didaktisch. Nun entschuldigte sich Dr. Grzimek damit, daß er falsch informiert worden sei. Er sprach sein Bedauern über sein Vorgehen gegen die Parteinstanzen aus und erklärte sich damit einverstanden, daß seine Kandidaturerklärung

auch in die offiziellen Berichte über die Parteivorstandssitzung aufgenommen werden würde.

Man zog dann weiter gegen den Reichstagsabgeordneten Lemmer, den Gründer des „Sozialrepublikanischen Kreises“, zu Felde, und hier war besonders der frühere Reichstagsabgeordnete Theodor Heuß der lauteste Krieger im Streit, der Lemmer vorwarf, er habe versucht, mit allen möglichen Leuten rechts und links bereits wegen einer Parteineugründung Fühlung zu nehmen. Lemmer selbst sagte in großer Erregung, würde man versuchen, eine kapitalistische Partei der Mitte zu gründen, dann solle man das ohne ihn tun. Er würde seine Gesinnungsgenossen schon um sich sammeln.

Als Staatssekretär Abegg in einem Antrag forderte, die Demokraten sollten ihren Reichswirtschaftsminister Dietrich aus dem Kabinett Brünning zurückziehen und Brünning die Gefolgschaft kündigen, widersprach Dietrich diesem Anstunten mit großer Schärfe und fügte hinzu, er würde nicht aus dem Kabinett ausscheiden, auch wenn dieser Antrag angenommen würde!

Darauf zog Abegg seinen Antrag zurück.

Schließlich wurde eine Entschließung Petersen-Hamburg mit 28 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen angenommen, in der es heißt, daß der Parteivorstand der Reichstagsfraktion und dem Minister Dietrich das Vertrauen ausspreche und von Fraktion und Minister erwarte, sie würden keine Verleugung der demokratischen Grundzüge durch die letzte Regierungskombination dulden, sondern dann die schärfsten Konsequenzen ziehen.

Gandhi und die Seinen.

Der Aufruhr der Brahmanen.

Von Franz Josef Furtwängler.

Der vorläufig letzte Brief, den ich von einem indischen Freunde, einem jungen Mohammedaner aus Bombay, erhielt, ist vom 5. April datiert und enthält neben einer inzwischen überholten Situationsbeschreibung die folgende lehrreiche Stelle:

„Gandhis passiver Widerstand ist im Gange und gibt den Machthabern allerorts viel zu schaffen. Leporeten wäre es erwünschter, wenn wir uns zu Ausschreitungen aufreizen ließen, die ihnen die Gelegenheit gäben, eine glorreiche Attacke zu reiten, mit Tanks über uns wegzufahren und Gasbomben auf uns zu werfen. Bis jetzt halten wir jedoch die vom Mahatma verlangte Disziplin, trotzdem es oft schwer wird, die Provokationen der Polizei schweigend hinzunehmen. Wenn Ihnen überhaupt die englische Presse melden sollte, daß der indische „Böbel“ schreckliche Schandtatzen begeht und die Frauen und Kinder der Weisen nicht verschont, — dann, teurer Freund, belieben Sie anzunehmen, daß dies das moralisch vorbereitende Artilleriefeuer einer Presse ist, gegen deren Propaganda in Europa wir wehrlos sind und die mit solchen Verdicten die blutigen Angriffe der Armee und Polizei, die dann Schlag auf Schlag gegen unsere nach Möglichkeit friedliche Bewegung geführt werden, im voraus zu rechtfertigen versucht.“

Diese seltsame Prophezeiung eines jungen Studenten erreichte mich gerade zur rechten Zeit, um bereits in ihrer Richtigkeit bestätigt zu sein. Wenige Tage zuvor las man die ersten Breuegeschichten von Angriffen des „Bübels“ auf englische Hospitäler, schweren Mißhandlungen einer Dame, die knapp mit dem Motorrad dem schlimmsten Martyrium entging. Oben an der indischen Nordgrenze, sei ein Auto demoliert, der Chauffeur, ein englischer Soldat, mit Petroleum übergossen und angezündet worden. Und ganz wie vorausgesagt folgte diesem Trommelfeuer der Presseagentur der blutige Sturmangriff: Blutbäder in Chittagong (Provinz Assam im Nordosten), Massenangriffe auf die Bevölkerung von Beshawar (Nordwestprovinz), Kämpfe an der afghanischen Grenze, Kämpfe in der westlichen Hafenstadt Karatschi, Polizeiataden in Kalkutta, in Bombay, in Kantonpur, Maschinengewehrfeuer im südl. Madras und in der alten Mahatmaresidenz Buna. Militärisches Vorgehen gegen die Bevölkerung von Delhi, Simla, Lahore. Alles die Ereignisse der letzten zwei Wochen.

Alle Ecken des großen indischen Länderdreiecks, einer Fläche gleich der Europas von Portugal bis nach Polen, stehen in Brand. Aus den Großstädten flüchten trotz Nachrichtensensur Streikberichte durch. In Meerut, Lahore, Bengalen laufen politische Massenprozesse — und die jüngste Meldung spricht schon von Meuterei der indischen Truppen in der nordwestlichen Grenzprovinz.

Sind dies alles „Auswirkungen“ der Propaganda, die Gandhi mit seiner symbolischen, als Vorbild wirkenden Zerbrechung der fremden Gesehe über den Salzweg entfacht hat?

In London selbst scheint man sich darüber nicht ganz klar zu sein. Noch um die Aprilmitte schrieb die Londoner „Times“, Gandhi marsch an das Meer, wo er das Salzmonopol der Regierung durch Salzbereitung aus dem Meerwasser durchbrechen wolle, sei eine Komödie, die nur „müßerte Neugier“ erzeuge. Indessen, eine Handlung, die unserem schematisierten Europa als Komik erscheint, kam in Indien eine bitterernste Realität sein. Auch die „Times“ mußte sich bald aus Indien telegraphieren lassen, das wichtigste sei, daß man endlich Gandhi unschädlich mache. Sein Spiel sei keineswegs harmlos. Vielmehr sei er schlechthin der Führer, „dessen bloße Anwesenheit gefährliche Begeisterung erzeugt, wohin er kommt“. Man solle endlich die Furcht aufgeben, durch seine Verhaftung die „Gemäßigten“ in Indien zu radikalieren, die gerade noch die Courage haben, mit einem Auge nach dem Verhandlungstisch zu schielen, — diese seien ein fragwürdiger Faktor, dessen Verlust kaum noch die Aufregung lohne. Man sieht daraus auch, wie wenig die Regierung in Indien jener eingeborenen Minderheit vertraut, deren Gewimmer die europäische Presse stets mit der großen Ueberheißung weiterleitet: „Die indischen Liberalen gegen Gandhi!“

Sicher ist Mahatma Gandhi heute Indiens stärkster Führer und Englands gefährlichster Gegner. Seine Aktion und Propaganda mag, aus der Ferne gesehen, auch dem Unparteiischen geheimnistuerlich oder theatralisch-tomisch erscheinen, weil vieles daran sich nur aus indischer Wesensart erklärt und nur dieser entspricht. Im Wesensgehalt ist sie einfach die spezifisch orientalische Form von Boykott und Generalkrieg und als solche, soweit ich sehen kann, das einzig aussichtsreiche Kampfmittel des entworfenen indischen Volkes in seinem heutigen Stadium. Ganz falsch ist dagegen diejenige englische Meinung, die sagt, mit der Beseitigung Gandhis wäre dem indischen Kampfe jegliche Führung genommen. Im Gegenteil: wenn dieser Mann, der seit 36 Jahren wie selten

einer in der Weltgeschichte für sein Volk gekämpft und gelitten hat, verhaftet wird oder gar umgebracht würde, so werden aus seiner Asche oder seinem Kerker hundert größerer und kleinerer Propheten seines Namens und seiner Lehre ans Licht steigen und der Märtyrer wird dem Volk reich gefährt werden, als der in Freiheit wandelnde es war.

Unter bestimmten Umständen hätte sein diesmaliger Feldzug vielleicht noch lokalisiert werden können. Abgesehen von dem schon erwähnten „liberalen“ Schwann, der in seiner Sache eine entscheidende Stellungnahme magt, hat er diesmal auch nicht, wie 1922, die kaisertreuen Mohammedaner auf seiner Seite. Sein Vorstoß von 1922 fiel mit der Verstümmelung der Türkei und der Vernichtung des Kalifats durch England zusammen. Damals waren die orthodox-mohammedanischen Brüder Mohammed und Mustafa Ali seine eifrigen Kampfgenossen. Heute stehen sie seinem Kampfe fern und nennen ihn unloyal, doch würde es bei der Wesensart des impetiven Mustafa Ali nicht überraschen, wenn er übermorgen den Mahatma nicht für radikal genug erklärte. Auch hört man während dieser ganzen Zeit nie, daß die gläubigen Mohammedaner über die Neutralität hinausgehend den Hindu in den Rücken fielen, ja die jungen Mohammedaner der großen Städte (in denen Indiens Reich sich entscheidet), stehen Schulter an Schulter mit dem Hinduvolke. Völlends lächerlich sind jene Pressegeschichten, wonach „die Parias gegen Gandhi“ auftreten, weil es den Behörden von Puna gelingt, die unwissenden Bewohner eines armenigen Lumpensammlerdorfes durch Verteilung von Hirsekörnern zu einer „Erklärung“ gegen den besten Freund und Schirmer dieser Unterdrückten, den Mahatma, zu veranlassen.

In bedeutungsvoller Weise wirkte aber zugunsten Gandhis ein Ereignis, durch das die indische „Bourgeoisie“ in sein Lager getrieben wurde, wie 1922 die Mohammedaner durch die Zerstückung des Kalifats, — ein Ereignis, das trotz seiner weltwirtschaftlichen Bedeutung in Deutschland so gut wie gar nicht beachtet wurde.

Vor anderthalb Monaten hatte England, ohne in der Presse viel Aufhebens davon zu machen, den Indern für die Einfuhr von Baumwollwaren die sogenannte „Imperial Preference“ aufgezogen, d. h. eine Zollerhöhung auf Baumwollwaren aus allen Ländern mit Ausnahme von England. Die Inden sahen in dieser seit langem befürchteten aber von England bisher nicht gewagten Maßnahme eine Verhöhnung der Finanzautonomie ihres „Parlaments“ und einen Zollkampf der englischen Wirtschaft gegen Japan, Amerika, Deutschland, Italien auf Kosten des indischen Konsumenten. Von der indischen Bourgeoisie fanden sich mit dieser Maßnahme nur die Baumwollindustriellen von Bombay ab, die mit der erwünschten Zollerhöhung, wenngleich knurrend, auch die englische Importbevorrugung in Kauf nahmen. Die übrigen Kapital- und Mittelschichten gerieten in helle Empörung: „Bolschewistische Vergewaltigung“, „Anflug des Scheinparlaments“, „Imperialistischer Wirtschaftsbetrug“ brauste es wochenlang durch die Leitartikel der Swaraj-Presse. Hervorragende Parlamentarier wie Malaviya, und sogar der Parlamentspräsident Patel legten ihr Mandat nieder und erklärten öffentlich, fortan bedingungslos in den Reihen der populären Massenbewegung des Mahatma stehen zu wollen. Der steinrelche Nationalist Nehru unterstrich seinen engeren Anschluß an Gandhis Volksbewegung noch dadurch, daß er dieser für ihre Zwecke seine impolitische Villa schenkte. Geschäftslente in Lahore, Bombay, Kalkutta, die bisher die Verbindung mit der Gandhi-Bewegung aus Vorsicht mißden, verpflichteten sich, keine englischen Waren mehr zu verkaufen und nach den Telegrammen zu schließen, die jetzt von Indien nach England gehen mit dem Ersuchen, keine Waren nach Indien zu senden, da sie dort liegen bleiben, scheint auch diese Seite der Boykottbewegung größere Ausmaße anzunehmen. In einer Reihe von Städten boykottieren die bessergestellten Inden diejenigen ihrer Landsleute, die noch als Beamte in englischem Dienste stehen, und Händler verweigern den letzteren Warenabgabe. Da und dort haben indische Ortsvorsteher ihr Amt niedergelegt. Alles dies sind Weigerungs- und Boykottaktionen im Sinne Gandhis, die, planmäßig und im ganzen Lande durchgeführt, allein ermittelbar würden, den fremden Herrschaftsapparat lähmen zu legen. Aber die eben genannten „bourgeoisien“ Volksschichten hätte er wohl kaum in diesem Ausmaße zu solchem Opfer zu bewegen vermocht, ohne die Provokation des indischen Parlaments durch eine der englischen Wirtschaftskrisen entsprungene Verzweiflungsmäßigkeit zu so ungeeigneter Zeit. Mit diesen Schichten sind Gandhis Bewegung auch Führerpersönlichkeiten zugefallen, die an rein realpolitischen Qualitäten nicht hinter den Mahatma zurückstehen. Man sieht: diese Bewegung hat selbst für den Liebelvollenden aufgehört, so etwas wie eine „lächerliche Komödie“ zu sein. Sie ist eine Volksbewegung in bisher nie gesehenem Ausmaße geworden, und eine solche reißt schließlich dank ihrer Eigenstärke und massenpsychologischen Eigengesetzlichkeit weitere Massen und auf kurz oder lang das ganze Volk mit. Die Geschichte ist nicht arm an Beispielen wie innere Gegensätze in einem Volke in entscheidenden Zeiten verbleiben unter der Wucht eines zentralen Problems, das ein Volk mit dämonischer Macht beherrscht. So mag auch Gandhi fühlen, und man weiß nicht genau, ob es Nazarenenmüde ist oder Politikerklugheit, mit der er seinen zweihundert Millionen Hindu sagte: „gebt den mohammedanischen Minderheiten in euern Städten und Dörfern soziale Rechte wie sie fordern, der Kampf geht einzig und ausschließlich gegen die Fremdherrschaft. Mit ihrer Überwindung löst ihr auch dieses Problem.“

Mit solchem Anschwellen der Gandhi-Bewegung durch die verschiedenartigen Elemente wächst diese allerdings auch (im guten wie im nachteiligen Sinne) über den Kopf des Führers hinaus und hört auf, dessen Wesenszüge bis ins einzelne aufzuweisen. Schon heute könnte der Mahatma es sich wohl nicht mehr wie 1922 leisten, den Boykott und die „Gehorsamsverweigerung“ auf ihrem Höhepunkt mit einem Machtwort abzubrechen, weil seine Anhänger in einem einzelnen Falle eine von ihm abgelehnte Gewalttat begingen. Er verliert das Unmögliche auch gar nicht mehr, wenn gleich er mit all seiner großen Autorität davor warnt, von den Streik- und Weigerungsaktionen zu aussichtslosen Gewalttaten überzugehen. Seine Befolgenschaft besteht längst nicht mehr nur aus „Jüngern“, die jede Weisung des Meisters befolgen. Unter seinem ist ungestüme begeisterte Jugend, sind Revolutionäre der verschiedensten Art, und das rücksichtslose Vorgehen der Polizei gegen alle Ansammlungen von Eingeborenen trägt ein übriges dazu bei, örtliche Zusammenstöße unvermeidlich zu machen. Die

Neuer Reichstag im Herbst?

Reden von Stegerwald und Brüning in Dortmund.

Auf dem westfälischen Provinzialparteitag in Dortmund haben der Reichsarbeitsminister Stegerwald und der Reichslanzler Brüning Reden gehalten, denen angesichts der ausschlaggebenden Stellung, die das Zentrum im Reich einnimmt, besondere Bedeutung zukommt.

Stegerwald wies in seiner Rede auf die Verschiedenheiten des Volksstandes in den verschiedenen europäischen Ländern hin, die zur Folge habe, daß in Belgien, Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei usw. die Lebenshaltung billiger sei als in Deutschland und in England. Dazu komme die Rationalisierung, und dies alles habe die Folge, daß es

in Amerika, England und Deutschland zusammen 10 Millionen Arbeitslose

gibt. Die beweglichen Jälle, die soeben besprochen wurden, müssen sehr vorsichtig gehandhabt werden, damit nicht Schaden für den Export entsteht. Von den schätzungsweise 70 Milliarden jährlichen deutschen Volkseinkommens werden etwa 23 Milliarden von Reich, Ländern, Gemeinden, Kirchen und Sozialversicherung verbraucht. Davon entfallen auf äußere und innere Kriegskosten 3,8 Milliarden, auf Schuldenzinsen 1,1 Milliarden, auf kulturelle Zwecke und Kirchen 2,9 Milliarden, auf den Sozialetat ohne Sozialversicherung 1,4 Milliarden, auf die Sozialversicherung 6 Milliarden.

Im ganzen entfallen auf soziale Zwecke und Pensionen 12,2 Milliarden Mark.

Bei rechtem Zusatzen kann man von Ganzen 1 Milliarde und beim Vereinfachen der Staatsorganisationen 1 bis 1,5 Milliarden sparen. Stegerwald beschloß sich dann mit der Frage des sogenannten Notopfers und erklärte sich persönlich für eine weitere Erhöhung der Biersteuer zur Deckung der Ausgaben für die Arbeitslosen. Das Problem der Arbeitslosenversicherung will er nach folgenden Gesichtspunkten behandelt wissen:

1. Wie verschaffen wir den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit.
2. Wie kann für die regelmäßigen und immer wiederkehrenden Besucher des Arbeitsamtes, soweit sie antisozial sind, der Bezug der Arbeitslosenunterstützung erschwert werden.
3. Wie kann die Arbeitsvermittlung ausgebaut und wirksam gefördert werden?
4. Wie kann offen erkennbaren Schäden und arbeitsmoralischen Gefahren entgegengetreten werden?
5. Wie lassen sich Ersparnisse bei der übrigen Sozialversicherung erzielen, damit die Wirtschaft im ganzen nicht über Gebühr belastet zu werden braucht und den im Produktionsprozeß stehenden Arbeitern nicht untragbare Lohnabzüge aufgebürdet werden müssen?
6. Wie kann insbesondere in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung die Selbstverantwortung des einzelnen verstärkt und ausgebildet werden?

In der Arbeitslosenversicherung haben wir aber nur noch ein schweres Jahr vor uns, dann dürfte es wesentlich besser werden. Die Krankenversicherung hat die höchsten Ausgaben, nämlich

täglich Massenverhaftungen, die seit Monaten schon stattfinden und die Einkerkung und Verbannung verehrter und angesehener Führer, sind ebenfalls nicht geeignet, Volksmassen, die nicht aus lauter „Mahatma“ bestehen, beim rein passiven Widerstand verharren zu lassen. Und wer ist nicht alles in diesen Monaten ins Gefängnis gemander! Bürgermeister großer Städte, Stadträte, Parlaments- und Provinzialabgeordnete, Führer wie Gupta, Bose, Malaviya, der junge Nehru, Patel, der Sohn des Präsidenten und Adjutant Gandhis, Desai, der gewerkschaftliche Vertrauensmann des Mahatma, Gandhis Sohn, seine engsten Freunde, Scharen von Studenten und Redakteuren und schließlich fast alle namhaften Gewerkschaftsführer, die ich einst im Lande kennenlernte, und deren einer mir kurz vor seiner Festnahme noch schrieb: Es werde allmählich zu einer Schande, als unabhängiger Inden, der sein Land liebt, noch auf freiem Fuß zu sein! Wer einmal Gelegenheit hatte, indische Gefängnisse zu sehen, dem klingt in diesen Tagen ein verstaubtes Gelächter jener Ketten, Schellen, Gewichtstugeln in den Ohren, welche die dürren braunen Knochen dieser Freiheitskämpfer zur Erde drücken, ohne ihren Geist und ihre Begeisterung mit in den Staub zu zerren. Daß selbst die indischen Dschungelliberalen, diese urkomische Karikatur eines europäischen Konstitutionalismus, für den Inden jede Grundlage fehlt, sich längst aufrufen, gegen Massenerschließungen und die Marter der Gefangenen zu protestieren, läßt ahnen, was das Land derzeit leidet.

Es bleibt beim Stahlhelmverbot.

Bündige Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags erklärte der preussische Ministerpräsident am Montag, daß zu einer Aufhebung des Verbots der Stahlhelm-Organisation in Rheinland und Westfalen kein Anlaß vorliege. Mit dieser kürzen aber bündigen Erklärung sind zugleich alle Behauptungen widerlegt, nach denen sich der preussische Ministerpräsident bereits vor Wochen für die Aufhebung des betreffenden Verbots ausgesprochen haben soll.

Beamtenkabinett in Sachsen.

Einigung aller bürgerlichen Parteien.

Dresden, 5. Mai. (Eigenbericht.)

Sämtliche bürgerlichen Parteien des Sächsischen Landtages sind am Montag in einer interfraktionellen Sitzung übereingekommen, ein unpolitisches Beamtenkabinett zu bilden. Nationalsozialisten und Christsozialisten haben sich ihre endgültige Erklärung noch vorbehalten. Stimmen sie der Bildung eines unpolitischen Kabinetts zu, dann wird der interfraktionelle Ausschuß am Dienstag wieder zusammenzutreten, um die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Ministerpräsident soll, wie vorläufig verkündet, entweder der gegenwärtige sächsische Innenminister Richter oder der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes Schied werden.

beinahe 25 Milliarden. Hier kann durch Schutz gegen Mißbrauch der Beihilfen erreicht werden. Bei der Unfallversicherung ist verstärkte Mitwirkung der Arbeiter an den Beihilfungsmaßnahmen zu fordern. Die Invalidenversicherung steht in einigen Jahren vor einer Krise, dann sind ihre Ausgaben höher als ihre Einnahmen. Man muß Mittel und Wege finden, um besonders in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung die Verantwortung des einzelnen zu stärken. Ungerechtfertigter Unterstützungsbezug ist unsozial. In den nächsten Wochen, schloß der Minister, müssen der Etat und das kleine Disprogramm erledigt werden. Für den Herbst steht bevor ein großes Steuererfassungs- und Sparprogramm, sowie das große Disprogramm, das aber bis auf weiteres nur auf Dispreußen und den Grenzgebiet am diesseitigen Nordsee gedrängt werden kann.

Es steht noch nicht fest, ob dieses Gesamtprogramm mit diesem Reichstag erledigt werden kann oder mit einem neuen durchgeführt werden muß.

Der Reichslanzler Dr. Brüning polemisierte in seiner mehr allgemein politischen Rede gegen die Sozialdemokratie mit dem alten Argument, sie hätte doch selber den Regierungswechsel verursacht. Ueber die Panzerschiff-Frage ging er mit der Bemerkung hinweg, daß die Regierung schwerere Sorgen habe. Sie sei auch keineswegs eine Rechtsregierung. Der einzige Regierungswechsel könne das Ansehen des Parlaments nicht heben. Im Osten sei keine einseitige Bevorzugung des Grundbesitzes beabsichtigt, aber die Landwirtschaft müsse gehoben werden. Subventionen für unhaltbaren Großgrundbesitz seien nicht beabsichtigt. Sparpolitik sei notwendig, auch in den Gemeinden, das erfordere vielleicht Zwangsmaßnahmen, aber davor werde die Regierung nicht zurücktreten. Er habe den ehrlichen Willen, mit Hilfe des parlamentarischen Systems das Notwendige für die Wirtschaft und für die Erhaltung der Demokratie durchzuführen.

Von diesen beiden Ministerreden ist die des Reichsarbeitsministers die konkretere und wie uns scheint, auch die geschicktere. Herr Stegerwald übersteht aber geflissentlich die Tatsache, daß unter dieser Regierung eine Reform der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts in sozialem Sinn unmöglich ist. Wir müssen unter diesen Umständen allen Reformankündigungen mit dem stärksten Mißtrauen gegenüberstehen.

Was die Rede des Herrn Reichslanzlers Dr. Brüning betrifft, so sind wir der Meinung, daß das parlamentarische System in Deutschland keines Rettens bedarf, am wenigstens eines solchen, der es selber in Gefahr bringt, um sich nachher rühmen zu können, er habe es gerettet. Kommt es bis zum Herbst, wie Herr Stegerwald angedeutet hat und wie wir wünschen, zu Neuwahlen, so wird es bei ihnen darum gehen, der Arbeiterschaft mit ihrem demokratischen und sozial gerichteten Willen einen entscheidenden Einfluß im neuen Reichstag und in der neuen Regierung zu erobern. Es wird dann um die Wahl eines Reichstages gehen, in dem eine Regierung wie die gegenwärtige nicht mehr möglich ist.

Schweine-Schmid kommt wieder.

Treviranus beruft ihn.

Essen, 5. Mai. (Zehnton.)

Nach einer Erklärung des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Treviranus, ist die Frage der Wiedereinnahme der Tätigkeit des Staatssekretärs Schmid im Reichsministerium für die besetzten Gebiete dahin geklärt, daß Staatssekretär Schmid am 8. Mai von dem Minister wieder in sein Amt zurückberufen wird.

Erfundene „Zuschriften“.

Für den deutschnationalen Zeitelasten.

In der deutschnationalen Presse wird eine „Zuschrift aus Reichsbannerkreisen“ wiedergegeben, die vom „Soz. Pressediener“ verbreitet worden sein soll und in der — nach der deutschnationalen Presse — „den bürgerlichen Reichsbannermitgliedern klipp und klar auseinandergesetzt wird, daß sie ihr Bündel schnüren und auf Rimmerwidersehen abmarschieren können“.

Der „Soz. Pressediener“ teilt hierzu mit, daß er eine derartige Zuschrift niemals verbreitet hat und ihm eine derartige Zuschrift niemals zugegangen ist.

Blut fließt in Madrid.

Studenten in der Universität verschont. — Polizei schießt. Paris, 5. Mai.

Nach einer Havasmeldung ist es heute vormittag in der Madrider Universität zu neuen Zwischenfällen gekommen. Die Polizei ging gegen Studenten vor, die durch aufrührerische Rufe die Ruhe störten. Einige Studenten erkliegen das Dach des Universitätsgebäudes und hielten dort drei rote Fahnen. Vor der Universität sollen die Studenten Postanten belästigt haben. Eine weitere Meldung besagt, daß sich Zwischenfälle auch in der Medizinischen Fakultät ereignet haben. Hier machte die Polizei von der Waffe Gebrauch. Ein Student wurde gefoltert, mehrere andere verletzt.

„Havas“ meldet aus Madrid, daß im ganzen 17 Personen als verletzt gemeldet worden sind. Es handelte sich hierbei nicht nur um Studenten. Unter anderem soll auch der kommandierende Oberst des in Madrid liegenden Husarenregiments bei den Zwischenfällen zu Schaden gekommen sein. Für heute nachmittag ist ein dringender Ministerrat einberufen worden.

Der 1. Mai in England.

Kann noch nicht zum Staatsfeiertag erhoben werden.

London, 5. Mai. (Eigenbericht.)

Der Arbeiterabgeordnete Mills fragte Ramsay MacDonald am Montag im Unterhaus, ob es der Regierung nicht möglich wäre, an Stelle des Ostermontag oder des Pfingstmontag den 1. Mai zum öffentlichen Feiertag zu machen. Aus MacDonalds Antwort ging hervor, daß der Ministerpräsident diese Anregung praktisch nicht für durchführbar hält.

Der Wehretat.

Kampf um Staatwahrheit und Staatlichkeit.

Heute beginnt der Haushaltsauschuss des Reichstags mit der Beratung des Wehretats für 1930, dessen Gesamtausgaben in Höhe von rund 713 Millionen den Wehretat von 1929 um ungefähr 40 Millionen übersteigen. Seit 1924 sind die Ausgaben für Meer und Marine von 459 Millionen auf 713 Millionen im Jahre 1930 gesteigert worden.

Wenn sich die parlamentarische Staatlichkeit in den letzten Jahren mit den Ausgaben der Reichswehr so befaßt hätte, wie das bei fast allen anderen Staatsgeschäften ist, so wären die Ausgabensteigerungen des Wehretats kaum möglich gewesen. Während bei der Beratung aller anderen Ressorts des Reichshaushalts stets die Opposition entweder von rechts oder von links dafür gesorgt hat, daß der Etat in immer stärkerem Umfang Marge stellt und durchgeföhrt wurde, fand sich bei den Beratungen des Wehretats immer nur eine sozialdemokratische Opposition. In Anbetracht der gegenwärtigen politischen Konstellation kann daher im Augenblick der Kampf um eine allgemeine Herabsetzung der Wehrausgaben nicht mit Aussicht auf Erfolg geführt werden.

Die Mittelparteien des Reichstags vertreten nach wie vor die Auffassung, daß der Entlohnung der Reichswehr innerhalb der durch den Versailler Vertrag gewiesenen Schranken keine Grenzen gezogen werden dürfen. Sie bekennen sich mehr oder weniger zu der Anschauung, daß die Reichswehr das Recht haben muß, die ihr durch den Versailler Vertrag zugestandenen Möglichkeiten restlos auszuschöpfen. Ja, es gibt nicht nur im Lager der Rechten, sondern auch in der Mitte bestimmte Kreise, die sogar eine freiere Verfügung der Reichswehr über die ihr zustehenden Mittel wünschen.

Die Sozialdemokratie drängt demgegenüber aus politischen und wirtschaftlichen Gründen auf eine klare Fassung und auf eine Einengung der einzelnen Ausgabeermächtigungen des Wehretats.

Sie fordert, daß die Grundzüge der Staatwahrheit und Staatlichkeit auch für den Wehretat eingeföhrt werden. Aber leider unterscheidet sich auch der Wehretat für 1930 hinsichtlich seiner Wiederholbarkeit in nichts von seinen Vorgängern. Dazu macht die Reichswehrleitung in dem diesjährigen Etat noch den Versuch, die ihr bereits im Vorjahr vom Parlament gegebenen Ermächtigungen noch zu überschreiten. Dafür einige Beispiele.

In Kapitel 5 des Heeresetats, der die Ausgaben für Verpflegung enthält, berechnet die Reichswehr für die Beschaffung von Weizen und Roggen rund 3,6 Millionen. Sie sagt aber nicht, daß dieser Berechnung ein Roggenpreis von 240 M. zugrunde gelegt ist, der selbst den von Schiele erstrebten Roggenpreis um 10 M. übersteigt. Der augenblickliche Roggenpreis beläuft sich an der Berliner Produktbörse auf ungefähr 160 M. Was geschieht mit der Differenz?

Noch besser kann es die Marineleitung. Im Kapitel 5 (Bänderverpflegung) des dem Reichsrat vorgelegten Etats wird der zu kaufende Hafer pro Tonne mit 205,50 M. aufgeführt. Dieser Preis übersteigt sogar noch den von der Reichswehr für Haferanläufe eingeföhrt. Die Marineleitung sucht das damit zu entschuldigen, daß die Durchschnittspreise in den meisten für die Marine in Betracht kommenden Ankaufgebieten an der Küste höher lägen. Der Haferpreis an der Berliner Börse beträgt zurzeit annähernd 165 M. In der Ausgabe des Etats, die inwieweit dem Reichsrat vorgegangen ist, findet man den in dem vom Reichsrat beratenen Etat stehenden Ankaufspreis für Hafer nicht mehr. Die zum Ankauf dieser Futtermittel angeforderte Summe ist jedoch nicht geändert worden.

Das sind nicht die einzigen Fälle, in denen sich die Reichswehrleitung über die Rechte des Parlaments hinwegzusetzen versucht.

Jede dieser Fälle im Wehretat ist in seiner jetzigen Form unter dem Gesichtspunkt der Staatlichkeit ansprechbar.

Die Sozialdemokratie wird auch in diesem Jahre wesentliche Streichungsanträge stellen, um wenigstens die schwersten Belastungen des Volkes durch diesen Etat auszumerzen. Allein durch den Panzerkreuzer B und durch die erste Rate für den Bau von neuen Festungsanlagen werden z. B. Ausgaben geschaffen, die nicht nur den Etat 1930 belasten, sondern auch in den kommenden Etatjahren noch 117,3 Millionen Mark erfordern.

Moldenhauer und die Gemeinden.

Was er unter Bürgerabgabe versteht.

Auf einer Tagung des westfälisch-lippischen Wirtschaftsbundes entwickelte Reichsfinanzminister Moldenhauer seine nächsten Pläne. Nachdem er Senkung der Gewerbesteuer und der Grundvermögenssteuer angekündigt hatte, fuhr er fort:

„Aber sobald man an das Problem der Senkung herangeht, stellt sich die Frage der Finanzpolitik der Gemeinden auf. Auch auf sie muß sich die Finanzreform erstrecken. Wir denken einmal daran, die Kreditbewirtschaftung der Gemeinden einheitlich zu regeln, damit nicht durch das gleichzeitige Ungerechte Anheben des Kapitalmarktes von allen Seiten der öffentlichen Hand der Markt wieder verdrängt wird. Wir denken an den Zwang der Gemeinden zur Rechnungslegung gegenüber einer von den Gemeinden unabhängigen Stelle. Wir denken schließlich daran, eine Bürgerabgabe oder einen ähnlichen kommunalen beweglichen Steuerfaktor einzuföhren, von dem alle Gemeindeglieder betroffen werden, und von diesen in eine Relation zur Gewerbesteuer zu bringen.“

Diese famose „Bürgerabgabe“ ist nicht etwa ein Notopfer der Besitzenden, sondern die berichtigte Kopfsteuer, die vor allem von den Nichtbesitzenden getragen werden soll, damit sich die Besitzenden nicht von Nichtbesitzenden bedrückt fühlen!

Man muß nur den richtigen Namen für die Kopfsteuer finden, so sagte Herr Moldenhauer — da lautet er: Bürgerabgabe!

„Christoph Kolumbus.“

Aufföhrtung in der Linden-Oper.

„Christoph Kolumbus“, Oper von Darius Milhaud, Dichtung von Paul Claudel. Ein groß und ernst gewolltes Werk und zugleich ein interessanter Versuch, mit neuen Mitteln Oper zu machen. Achtungsvoller Beifall, der vor allem der bedeutenden Leistung des Komponisten gilt, nach dem ersten Teil. Nach dem zweiten Teil, der leider in der Wirkung bedenklich absinkt, unabweisliche Ablehnung, deren pöbelhafte Formen eine Gegen demonstration für den Autor und alle Beteiligten auslösen. Bericht folgt. K. P.

Moldenhauers Bürgerabgabe.



Moldenhauer: „Jetzt, meine Herrschaften, sollen Sie etwas ganz Sensationelles sehen: „Alle deutschen Bürger ohne Unterschied sollen eine Bürgerabgabe zahlen! Den besseren Herrschaften sind dafür die Kapitalertragssteuern erlassen.“

Preußenkoalition unerschütterter.

Otto Braun über Reichsreform und Ostprogramm.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtags saß am Montag die Vorberatung des Haushalts des Preussischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten, deren Beginn vor Ostern stattgefunden hatte, fort.

Abg. Steuer (DnL) warf dem Ministerpräsidenten vor, er treibe Parteipolitik statt Staatspolitik. Die Wahregelung der drei hannoverschen Landräte sei deshalb besonders gravierend, weil sie vorgenommen sei wegen der Ausübung der Rechte als Provinziallandtagsabgeordneter. Der Redner verwies sodann auf den Regierungswechsel im Reich und erklärte, wenn man, was die Deutschnationalen in Zweifel zögen, dem Kabinett Brüning einen bewußt bürgerlichen Charakter gegen die Sozialdemokraten unterstellen wolle, dann würde das durch das gleichzeitige Fortbestehen der Regierung Braun in Preußen im wesentlichen wieder aufgehoben.

Abg. Dr. v. Campe (DfP) fragte nach dem Ergebnis der Länderkonferenz.

Abg. Labedenz (Sp.). Das Abtreten des Ministerpräsidenten und die Umbildung der preussischen Regierung sei die Forderung der Stunde.

Abg. Heilmann (Soz.)

wandte sich gegen die in Hannover herodgetretenen separatistischen Bestrebungen von Kreisen, die aus vorübergehenden Stimmungen das allgemein anerkannte nationale Interesse an der Stärkung und Unversehrtheit Preußens verziehen. Zur Frage der Reichspolitik übergehend, betonte er,

daß keinerlei endgültige und grundsätzliche Trennung der Sozialdemokratischen Partei von den übrigen Weimarer Koalitionsparteien erfolgt sei,

wenn man hier einmal verschiedene Wege gehen muß. Das neue Ostprogramm der Reichsregierung stehe bei seinen Freunden auf die denkbar größten Bedenken. Er bitte die preussische Regierung — der preussische Ministerpräsident sei ja bisher immer der erste gewesen, wenn es geht, dem Osten zu helfen — dafür energisch einzutreten, daß zwar das Hilfsprogramm in bezug auf Eisenbahnen, Straßenbau usw. zustande komme, daß aber Kredite nur nach vernünftiger, sachlicher unvoreingenommener Prüfung gegeben werden.

Abg. Grebe (S.) stellte ebenso wie der Abg. Heilmann (Soz.) fest,

daß die Parteien der Weimarer Koalition im Reich sich nicht etwa grundsätzlich getrennt hätten. Davon könne keine Rede sein. Es habe sich lediglich darum gehandelt, daß man das Finanzprogramm nicht habe zusammen durchföhren können. Es solle auch sonst etwa keine slavische Nachahmung der Reichspolitik in Preußen stattfinden, im Gegenteil, er wende sich durchaus gegen eine grundsätzliche Vermischung von Reichs- und preussischer Staatspolitik.

Ministerpräsident Dr. Braun

erwiderte zunächst dem Abg. Steuer (DnL), daß es völlig falsch sei, davon zu reden, daß bei der Auswahl der Regierungs- und Oberpräsidenten irgendein Parteigebiet herodgetreten sei.

Neuerdings herodgetretene Wünsche auf Abspaltung Hannovers vom Preussischen Staat, die sich an einen Vorfall im Provinziallandtag und die Disziplinierung von drei Landräten knüpfen, könne er nicht tragisch nehmen. Diese Dinge miteinander zu vermischen, offenbare einen Mangel an Staatsgeltung. Die Anwendung des Artikel 18 der Reichsverfassung habe noch ganz andere zwingende politische oder wirtschaftliche Gründe zur Voraussetzung als in diesem Falle die Verabschiedung dreier Landräte, die sich gegen die Regierungspolitik gewandt hätten. Die Separationsdrohungen könnten auf ihn keinen Eindruck machen.

In der Frage des Anschlusses kleinerer Länder an Preußen und der Reichsreform betonte der Ministerpräsident, daß die Staatsregierung bisher zum Bericht der Ausschüsse der Länderkonferenz noch nicht Stellung genommen habe, weil diese Arbeiten noch nicht beendet seien. Wenn die Ausschüsse ihre Arbeiten beendet haben, sei es Sache der Reichsregierung, die Länderkonferenz neu einzuberufen. Dann erst würden die einzelnen Länderregierungen Stellung nehmen.

Was die kleineren Länder anbetreffe, so bedeute der preussische Antrag auf Abänderung des Artikels 35 keinen Widerspruch zu der Erklärung, daß man keinerlei Einfluß auf die Anschlussbewegung nehmen wolle. Der preussische Standpunkt sei noch unverändert der gleiche geblieben, daß die Länder, die aus eigener Kraft leben können, auch weiter existieren sollten.

Der gegenwärtige Zustand aber, daß eine Anzahl von Ländern zu Lasten der Reichskasse und damit zu Lasten anderer Länder des Reiches auf Grund des Artikels 35 Subventionen erhalten, die 1924 7,5 und 1928 schon 40,7 Millionen Mark ausmachten, sei einfach unhaltbar, weil nicht existenzfähige Länder damit künstlich am Leben erhalten würden. Im Interesse der Konsolidierung des Reiches begrüße er jeden Anschluß eines kleinen Landes an Preußen.

weil das immer noch der beste Weg zur Reform des Reiches sei, als alle bisher vorgeschlagenen Theorien und Projekte.

Zum Ostprogramm bemerkte der Ministerpräsident, daß Preußen stets für seinen Osten große Anstrengungen gemacht habe und auch heute bereit sei, dem Osten mit aller Kraft zu helfen. Er wolle auf das neue Ostprogramm des Reiches nicht eingehen, weil es ja noch nicht abschließend feststehe. Worauf Preußen allerdings achten werde, das ist die sachgemäße Durchführung aller Beschlüsse. Die Wirtschaft im Osten müsse derart gefördert werden, daß die Wirtschaftskrise dort für die Zukunft dann aus eigener Kraft bestehen könnte. Alle vorübergehenden Hilfsmassnahmen, wie Maßnahmen usw., die im Gegenteil nur für den Kredit des Ostens gefährlich seien, könnten das nichts helfen.

Man müsse an eine völlige Umstellung der östlichen Wirtschaft herangehen, um unter den gegen die Vorkriegszeit so veränderten Verhältnissen wirtschaftlich leben zu können.

Preußen sei da zu jeder Mühe bereit. Es dürfe keineswegs nach dem Muster der bisherigen Umschuldungsaktionen die Entschädigung über einzelne Hilfsmassnahmen in die Hände der Interessenten selbst gelegt werden. Der durch diese Methoden erzielte Erfolg sei lediglich, daß keine Reihe umgehuldeten Wäcker schon wieder bankrott sei und daß die Bürgschaften des Reichs und Preußens jaft in vollem Umfang in Anspruch genommen würden.

Außerdem dürfe nicht, wie bisher, der Großgrundbesitzer allein bedacht werden, sondern auch der Kleinbesitz müsse zu seinem Rechte kommen.

Mit dem Titel einer Versicherung des Landeshauptmanns der Provinz Ostpreußen, daß Preußen bisher keine volle Schuldigkeit für den Osten getan habe und daß vieles und wesentliches geschehen sei mit dem Erfolg, daß die Krisis nun Stehen gebracht worden sei, schloß der Ministerpräsident seine Ausführungen.

Abg. Kiedel (Dem.) erklärte,

daß die politischen Vorgänge im Reich die Stellungnahme seiner Partei zur jetzigen preussischen Regierung in keiner Weise ändern.

Das angeforderte Ostprogramm der Reichsregierung stelle eine Politik verlorener Subventionen dar und sei ein einseitiges Interessentenprogramm, während Industrie, Handel und Gewerbe nicht die genügende Rücksicht fänden. Der Haushalt des Ministerpräsidenten und des Staatsministeriums wurde sodann vom Ausschuss genehmigt.

Ein deutschnationaler Landrat.

Abfindung von 30 000 Mark — Sein „Abschiedsgeschenk“

Seltene Methoden zur Erhöhung seines Gehaltes hat, wie der sozialdemokratische „Volkswille“, Hannover, berichtet, der Landrat Kleine (Voc), einer der drei disziplinierten hannoverschen Landräte angewandt. Kleine hat im Jahre 1926 den Kreisauschuss veranlaßt, ihm bei seinem Ausscheiden aus dem Amt das planmäßig im Jahre 1931 erfolgt wäre, neben der gesetzlichen Pension eine Dotation von 30 000 M. auf Kosten des wirklich nicht reichen Kreises Meer zuzuschlagen. Angeblich sollten diese 30 000 M. eine Abfindung an den Landrat für seinen Verzicht auf die vom Kreise zu zahlende Dienstauswandsentschädigung sein. Diese hätte aber in den fünf Jahren von 1926 bis 1931 nur etwa 10 000 M. ausgemacht. Wenn Herr Kleine sich die Vergütung der Dienstauswandsentschädigung anrechnen will, so sei bemerkt, daß er die 30 000 M. im Jahre 1931 auch mit Zins und Zinseszins, d. h. in Wirklichkeit etwa 40 000 M. erhalten hätte.

Charakteristisch ist, daß der Kreisrat von dieser Manipulation bis jetzt nichts zu hören bekommen hat, daß ferner Kleine in seinem Bericht an das Preussische Innenministerium wohl keinen geschnittenen Verzicht auf die Dienstauswandsentschädigung gemeldet, aber nicht berichtet hat, daß er sich diesen „Verzicht“ mit 30 000 M. hat honorieren lassen.

Die „Deutsche Zeitung“, die in ihrer Sonntagsausgabe Herrn Kleine in Schutz zu nehmen sucht, behauptet zwar, daß es sich um „böswillige Verleumdungen“ handle, aber auch sie muß die fremdliche Mitteilung machen, daß Kleine im Jahre 1931 außer dem Betrage seiner Dienstauswandsentschädigung noch ein „Ehrengeschenk“ in Höhe von 8000 M. habe erhalten sollen. Dieses Ehrengeschenk für einen deutschnationalen Landrat findet das deutschnational-nationalsozialistische Blatt durchaus in Ordnung. Wie würde es wohl ein Ehrengeschenk für einen sozialdemokratischen Landrat heißen? — Freilich kann diese Haltung bei einem Blatt nicht wundern, das jetzt wegen der Amtsenthebung Kleines und seiner Genossen offen mit dem Abfall Hannovers von Preußen droht. Für ein Blatt des hundertprozentigen preussischen Patriotismus überhand!

Heute zu Tietz:

Billige und gute Lebensmittel einkaufen

Verkauf soweit Vorrat - Mengenabgabe vorbehalten
Eier, Obst und Gemüse bleiben vom Versand ausgeschlossen

Obst und Gemüse

Apfelsinen ^{blonde} 4 Pfd. 78 Pf.	Spargel Pfd. von 24 an
Apfelsinen ^{rot} 3 Pfd. 72 Pf.	Junge Möhren... Bund 25 Pf.
Zitronen Dtd. v. 42 Pf.	Rhabarber..... 3 Pfd. 20 Pf.
Radleschen Bund 5 Pf.	Kopfsalat..... 3 Kops 40 Pf.
Blattspinat 5 Pfd. 28 Pf.	Grüne Gurken ^{Stück v.} 42 Pf.

Frisches Fleisch

Schweinefleisch ohne Beilage, Pfd. 96 Pf.
Schweineschulterblatt... Pfd. 1,12
Kassler mild Pfd. von 1,33 an
Rückenfleisch bratfertig Pfd. 74 Pf.
Ei-bein mit Spitzbein gep., Pfd. 58 Pf.
Berliner Brauwurst Pfd. 1,20
Häckepater mit Gewürz Pfd. 1,12
Gehacktes Pfd. 85 Pf.
Suppenfleisch Pfd. von 80 Pf. an
Hammelvordefleisch Pfd. v. 1,08 an
Kalbskamm ohne Beilage Pfd. 84 Pf.
Kalbsribsbraten u. -Crust, Pfd. 94 Pf.
Kalbskeule, Pfd. Schwe. 2. Art, Pfd. 93 Pf. an
Rinderlunge Pfd. 38 Pf.
Rinderherz Pfd. 56 Pf.
Rinderbacke Pfd. 50 Pf.
Futer Pfd. 28 Pf.
Schweineköpfe mit Backe... Pfd. 44 Pf.
Rinderleber gefroren Pfd. 1,18

Hühner

gefroren
Pfund von **90** an

Puten

gefroren
Pfund von **105** an

Hühner

frisch geschlachtet
Pfund von **105** an

Frische Eier

10 Stück von **72** an

Wurstwaren

Sülzwurst Pfd. 90 Pf.
Dampfwurst Pfd. 96 Pf.
Leberwurst Pfd. 1,10
Fleischwurst Pfd. 1,15
Jagdwurst Pfd. 1,18
Mettwurst, Braten, Pfd. 1,35
Zervelat u. Salami Pfd. 1,65
Schinkenspeck Pfd. 1,90
Magerer Speck Pfd. 1,40
Feller Speck Pfd. von 1,80 an
Corned beef 10 Pf. Pfd. 1,30

Konfitüre

Einersch. 2 Pfund
Pflaumen 90 Pf.
Aprikosen, Johannisbeer, 15
Himbeer, Kirsch 1,30
Erdbeer 1,40
Ananas 1,45
Vierfrucht marmelade 85 Pf.

Fische, Räucherwaren

*Kabeljau im ganzen, Pfd. 18 Pf.
*Schollen Pfd. 18 Pf.
*Kabeljaufilet Pfd. 35 Pf.
*Spiegel-Karpfen Pfd. v. 98 Pf. an
*Frische Hechte Pfd. v. 52 Pf. an
Bücklinge... Pfd. 33 bis 38 Pf.
Bundarte Bund 36 Pf.
Port. Sardinen 4 Pf. Bund 95 Pf.
Port. Sardinen 20 Pf. Bund 85 Pf.
Südruss. Gobius 2 Dkg. 95 Pf.
*In allen Häusern unserer Androzentrassen

Käse und Fette

Allg. Stangenkäse Pfd. 45 Pf.
Dän. Schweizer 300 g, Pfd. 80 Pf.
Tilsiter vollfett Pfd. 82 Pf.
Edamer 400 g Pfd. 96 Pf.
Margarine Pfd. 50, 62 Pf.
Mokereibutter Pfd. 1,34
Tafelbutter Pfd. 1,52
Dänische Butter Pfd. 1,68
Griebschmalz Pfd. 78 Pf.
Brötenschmalz Pfd. 68 Pf.

Konserven

1/2 Dose
Junge Karollen 75 Pf.
Junge kleine Karollen 95 Pf.
Aprikosen 2/3 Frucht 1,25
Sauerkirschen m. Stein 1,30
Kürbis 78 Pf.
Kaliforn. Pfirsiche 1/2 Pf. 1,45

Kolonialwaren

Brudreis Pfd. 19 Pf.
Burma-Reis Pfd. 23 Pf.
Weizengriess Pfd. 30 Pf.
Hartgriess Pfd. 33 Pf.
Eierschnittnudeln Pfd. 52 Pf.
Hartgriess
Stückenmakaroni Pfd. 44 Pf.
Viktoria-Erbsen Pfd. 17 Pf.
Linsen Pfd. 30 Pf.
Bockobst Pfd. 58 Pf.
Pflaumen Pfd. 48 Pf.
Pfirsiche Pfd. 88 Pf.
Kaffee Pfd. von 2,00 an

Orangeade, Himbeer-, Kirsch-, Erdbeer- oder Zitronensaft

gute Qualitäten, mit 100% Raffinade eingekocht 1,40
10 Flaschen (auch sort.) 13,50
Preis ohne Flasche

Ausserdem Werbe-Verkauf in fast allen grossen Abteilungen

Theater, Lichtspiele usw.

Diens. 6. 3. Staats-Oper Unter d. Linden Teil-Ab. d. DL No. 9 Jahres-Ab.-V. No. 122 20 Uhr Der Postillon v. Loujumeau Ende 22 1/2 Uhr

Diens. 6. 5. Städt. Oper Bismarckstr. Turnus I 19 1/4 Uhr Eugen Onegin Ende 22 1/2 Uhr

Staats-Oper am Platz der Republik Vorst. 76 20 Uhr Die Fledermaus Ende n. 23 Uhr

Städt. Schauspiel am Gendarmenmarkt Jahres-Ab.-V. No. 107 20 Uhr Peer Gynt Ende 23 1/4 Uhr

Städt. Schiller-Theater, Charlthg. 20 Uhr Florian Geyer Ende 22 1/4 Uhr

Winter Garten

8.15 Uhr Zeitr. 2010 Rauben er sucht Bestes Internationales Varieté

CASINO-THEATER

Lothringer Straße 37.
Die Berliner Posse
Rentier Mudicke
und das Riesen-Variete-Programm.
Billig! Sommerpreise! Billig!
50 Pfg. 1.- Mark 1,80 Mark
sonntabend u. Sonnta. kleiner Aufschlag



Vorletzte Woche
Ihre Hoheit die Tänzerin
Große Operette in 3 Akten
Wodant, 8.15, jeden Sonntag, 5.15 u. 9 Uhr
Voranzelger: Ab 18. Mai
„Jenny fängt tempo“
aufführer von H. A. Kinn
(Autor von „Melseken“)
O 17, Große Frankfurter Str. 152,
11. Teil, 8.15; Al. x. 3422 u. 7494

Rose THEATER

theater l. d. Behrenstr. 53-54
9 Uhr A4 Zentrum 926-927 9 Uhr
Direktion Ralph Arthur Roberts
Vögel, die am Morgen singen!
Komödie in 3 Akten von Lonsdale

Reichshallen-Theater

Abends 8 Sonntag nachm. 1
Das große Mal-Programm
der „Stettiner“
Nachm. halbe Preise, Zeitr. 112.63.
Dönhofs-Brett
Das lustige Mal-Programm. Kapelle Hans Falkner, Tanz

Volksbühne

Theater am Südringplatz.
8 1/4 Uhr
Rost
von Kirchner und Ouspensky
Regie: Günther Stark
Städt. Schiller-Th. 8 Uhr Florian Geyer
Staatsoper Am Pl. d. Republik 8 Uhr Die Fledermaus
Piscator-Bühne (Wallner-Theater) 8 Uhr \$ 218 Frauen in Not

Deutsches Theater

D 2 Weidendamm 5201
8 1/4 Uhr
Der Kaiser v. Amerika
von Bernard Shaw
Reg. Max Reinhardt
Kammerspiele D 2 Weidendamm 5201 8 1/4 Uhr Die liebe Feindin Komödie von A. P. Antoin Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie

11 Bismck. 2414/7514
8 1/4 Uhr
Soll man heiraten?
Komödie von Bernard Shaw
Sensible Zuechtung: Karl Heinz Martin
Trianon-Theater Täglich 8 1/4 Uhr Ein galantes Abenteuer!

Okasa bleibt Okasa!

Auf der Internationalen Ausstellung in Florenz vom 15.-24. November 1929 erhielt Okasa das Verdienstkreuz mit der Goldenen Medaille.
Okasa wird schon seit Jahren mit garantiertem Reinheitsgehalt hergestellt. Die verwend. Organpräparate unterliegen einer ständig ununterbrochen Qualitätsprüfung durch ein Staat. Universitäts-Laboratorium.

Direktion: Dr. Martin Zickel
Komische Oper
Friedrichstr. 104 Merkur 1401/4330.
Täglich 8 1/4 Uhr
Majestät lässt bitten
Musik von Walter Kollo.
Lustspielhaus Friedrichstr. 236. Bergmann 2922/23. 8 1/4 Uhr: Geschäft mit Amerika. Vorverkauf in beiden Häusern ab 10 Uhr ununterbrochen

HEUTE ERSTER VOLKSTAG
60 Pfg. EINTRITT
FEUERWERK
NEUE AKTIVEN KONZERT VARIETE
LUNA PARK
DER TOLLKÜHNSTE ARTIST DER WELT
TODES BALANCE
COSTICA FLORESCI
IM 100 m HOHE

Metropol-Th.

Täglich 8 1/4 Uhr
Der Bettelstudent
Alper, Schützendorfer, Partiera, Arnold
Residenz-Theater Tägl. 8 1/4 Uhr Der Herzog und die Sünderin

Männer! Neue Kraft!

Man kennt beste nur noch
„Okasa“ (nach Geheimrat Dr. med. Labusen Das einzig dastehende, hochwertige, wissenschaftlich anerkannte Sexual-Kraftmittel bei sexueller Neurasthenie! Bisherige bestmögliche Anmerkungen von zahlreichen Ärzten und Tausende ankschr. -en dankbarer Verb. auch der b. w. l. sind die einzig dastehende Wirkung! Trotzdem gibt es noch Zweifler! Wir versend. daher nochmals, diskret verschlossen, ohne jede Absenderangabe 50000 Probepackungen umsonst ohne jede Verpflichtung gegen 40 Pf. Doppel-Brief-Porto; wir legen hochinteressante Broschüre bei. General-Depot und Alleinversand für Deutschland Radlauer's Kronen-Apotheke, Berlin W 61, Friedrichstraße 108 Okasa (Silber) 10 den Mann Originalpackung 9,40 M. Zu haben in Okasa (Gold) für die Frau Originalpackung 10,50 M. in allen Apotheken!

Direktion Dr. Robert Klein
Deutsches Künstler-Theat.
Barbarossa 3937
8 1/4 Uhr
Sex Appeal
Leschp. v. Friedrich Loschardt Regie: Forster Larraige Albert Bussmann, Mady Christians
Berliner Theater Dönhofs 170 8 1/4 Uhr Der Tautelsschüler! Komödie v. Bernard Shaw Regie: Heinz Hilpert

Dr. Dr. Martin Zickel
Komische Oper
Friedrichstr. 104 Merkur 1401/4330.
Täglich 8 1/4 Uhr
Majestät lässt bitten...
Musik von Walter Kollo.
Lustspielhaus Friedrichstr. 236. Bergmann 2922/23 Täglich 8 1/4 Uhr
Geschäft mit Amerika

Amerika

Lustspiel von Frank und Hirschfeld
Garnowsky-Bühnen Theater in der Stromemannstr. (früher Königstr. Str.) Täglich 8 1/4 Uhr Napoleon erzieht ein von Walter Süssinger

Komödienhaus

Täglich 8 1/4 Uhr
Meine Schwester und ich
Musik v. Ralph Benatzky
Theater d. Westens Täglich 8 1/4 Uhr Sonntag auch 4 Uhr Das Land des Lächelns von Franz Lehar



Garten Möbel 12 auch in MONATLICHEN RATEN
Raddatze
berlin, Leipzigerstr. 122-123

Füchtiges Haus u. Wirtschaftspersonal
meldet sich sofort auf eine
Kleine Anzeige im „Vorwärts“

Operettenhaus

Alte Jakobstr. 30/32 (Zentral-Theater) Dönh. 2047
Täglich 8 1/4 Uhr
Frühlingsmädel
Operette von Lehar mit Lily Fiehr, Ilse Muth, Lukas, Hoenselaers. Rundfunkhöre halbe Preise

Lessing-Theater

Weidendamm 7751 u. 5945
Täglich 8 1/4 Uhr
Frau Peters hat einen Geliebten
v. Louis V. Arnault mit Erika von Thalheim Luise Verwall

Kleines Theat.

Merkur 1624
Täglich 8 1/4 Uhr
Gastspiel **Gisela**
Werbezirk in **Meier's sel. Witwe**
Schwank von Fritz Friedman-Friedrich

Landsberger Chaussee

(Ecke Genslerstraße)
in freier, gesunder Lage geräumige neuzeitliche
1 1/2-, 2 1/2- und 3-Z.-Wohnungen
Mäßige Miete, provisionsfrei, direkt vom Bauherrn. Beziehen sofort.
Verbindungen Linie 66 und 174 bis Werneuchener Straße, Anschluss Omnibus 41; Linien 53, 68, 168 bis Herzbergstr., Ecke Siegfriedstr.; Linie 8 bis Landsberger Chaussee.
Vermietungsbüro auf d. Baustelle. Wochent. 9-7, Sonnt. 10-5 Uhr. Fernspr.: Lichtenberg 4375

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung, Funktionäre!
Die Vertrauensmännerkonferenz der Arbeiter-Bezirke (15-19) hat am Mittwoch, dem 2. Mai 1930, aus:
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Textilarbeiterverband

Verwaltung Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung
Paul Scranowik
Polenartier, am 2. Mai verstorben ist. Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 7. Mai, 15 1/2 Uhr, im Krematorium Baumschulenberg statt. Regs. Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin
Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung
Anna Zinderstein
Reinholdsdorfer Str. 38 verstorben ist. Ihre letzten Wünsche! Die Beerdigung findet am Dienstag, 6. Mai, 15 1/2 Uhr, auf dem Sargereih-Rechtshof, Reinholdsdorfer-Str. 38, 10. Bezirk, statt. Regs. Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Rennen zu Grunewald

Dienstag, den 6. Mai
nachmittags 3 1/2 Uhr

Reichshallen-Theater

Abends 8 Sonntag nachm. 1
Das große Mal-Programm
der „Stettiner“
Nachm. halbe Preise, Zeitr. 112.63.
Dönhofs-Brett
Das lustige Mal-Programm. Kapelle Hans Falkner, Tanz

Okasa bleibt Okasa!

Auf der Internationalen Ausstellung in Florenz vom 15.-24. November 1929 erhielt Okasa das Verdienstkreuz mit der Goldenen Medaille.
Okasa wird schon seit Jahren mit garantiertem Reinheitsgehalt hergestellt. Die verwend. Organpräparate unterliegen einer ständig ununterbrochen Qualitätsprüfung durch ein Staat. Universitäts-Laboratorium.

Männer! Neue Kraft!

Man kennt beste nur noch
„Okasa“ (nach Geheimrat Dr. med. Labusen Das einzig dastehende, hochwertige, wissenschaftlich anerkannte Sexual-Kraftmittel bei sexueller Neurasthenie! Bisherige bestmögliche Anmerkungen von zahlreichen Ärzten und Tausende ankschr. -en dankbarer Verb. auch der b. w. l. sind die einzig dastehende Wirkung! Trotzdem gibt es noch Zweifler! Wir versend. daher nochmals, diskret verschlossen, ohne jede Absenderangabe 50000 Probepackungen umsonst ohne jede Verpflichtung gegen 40 Pf. Doppel-Brief-Porto; wir legen hochinteressante Broschüre bei. General-Depot und Alleinversand für Deutschland Radlauer's Kronen-Apotheke, Berlin W 61, Friedrichstraße 108 Okasa (Silber) 10 den Mann Originalpackung 9,40 M. Zu haben in Okasa (Gold) für die Frau Originalpackung 10,50 M. in allen Apotheken!

Am Sonnabend, dem 3. Mai, verschied plötzlich unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Pauline Baatz geb. Freibrod
im Alter von 58 Jahren.
Im Namen der Hinterbliebenen: **Erna Baatz**, Neukölln, 6. Mai 1930. Idealpassage.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 8. Mai, 16 1/2 Uhr, im Krematorium Baumschulenberg statt.

Die teuren Reichsbahn-Personentarife.

Das Ausland gewährt weitgehende Vergünstigungen.

Seit Wochen und Monaten wurden die Gemüter der werktätigen Bevölkerung mit mittlerem und kleinerem Einkommen, die die Sehnsucht nach einer notwendigen Urlaubs- und Erholungsreise im Herzen tragen, durch die Erhöhungen der Reichsbahn über neue Fahrpreiserhöhungen beunruhigt. Und nun, kurz vor dem Einsetzen der großen Reisezeit, scheint sich die Reichsbahn den Schwabenstreich leisten zu wollen, die Personentarife, die jetzt schon so unerträglich sind, tatsächlich noch weiter zu erhöhen. Die Folge würde der unweigerliche Zusammenbruch eines großen Teils der Reiseprogramme und damit ein weiterer erheblicher Einnahmeausfall sein, das Gegenteil dessen, was erreicht werden soll.

Wenn man über die Zustände in Deutschland hinsichtlich der Fahrpreise der Reichsbahn ein klares Bild haben will, muß man die Eisenbahntarife des Auslandes zum Vergleich heranziehen. Dabei ergibt sich folgendes: Die Eisenbahntarife der Schweiz, der nordischen Staaten und von Jugoslawien stehen in bezug auf die Fahrpreisgestaltung ungefähr auf der gleichen Stufe wie der Tarif der Deutschen Reichsbahn, d. h. der Fahrpreis je Kilometer ist so ziemlich derselbe. Alle anderen europäischen Eisenbahnen haben einen weit billigeren Tarif. Die Schweiz und Jugoslawien besitzen ein besonderes Mittel, um den Fremdenverkehr an sich zu locken, das ist die

Gewährung der Fahrpreisermäßigung.

deren Erlangung allerdings an bestimmte, aber leicht zu erfüllende Bedingungen geknüpft ist.

Die Schweiz gewährt schon bei einfacher Hin- und Rückfahrt eine Ermäßigung von 20 Proz. Dieselbe Ermäßigung wird bei Rundreisen von 300 Kilometer an gewährt. Die Rundreisen können beliebig zusammengestellt werden und unterliegen keiner Beschränkung. Außer diesen „beweglichen“ Rundreisekarten kennt die Schweiz noch sogenannte „feste“ Rundreisekarten für bestimmte, von der Verwaltung festgelegte Rundreisen, unter deren großer Anzahl man eine beliebig auswählen kann. Auch diese bieten die gleiche Vergünstigung. Endlich gibt es in der Schweiz noch „General-Abonnements“ für 8, 15 und 30 Tage und 3 Monate, mit denen man das Land kreuz und quer bereisen kann, soviel man nur will. Der Reisende ist an keine Stelle oder Gegend gebunden und kann sich lustig dem Reisetrieb hingeben, um die Ermäßigung nach Kräften auszunutzen.

Jugoslawien. Das beliebteste und mit Recht begährteste Reisegebiet Jugoslawiens ist die dalmatinische Küste mit ihrem milden Klima und ihrem azurblauen Meer. Auch Jugoslawien besitzt die Einrichtung der festen Rundreisekarte, die übrigens in vielen anderen europäischen Ländern seit Jahren einen gewinnbringenden Bestandteil für die Werbung des Fremdenverkehrs bildet. Daß sie gegenüber den normalen Fahrpreisen eine bedeutende Ermäßigung bietet, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Außerdem erhält man beim Besuch der Adriaküste und bestimmter Heilbäder in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Mai auf der Rückfahrt eine Ermäßigung von 75 Proz. und in der Zeit vom 1. Juni bis 30. September eine Ermäßigung von 50 Proz. Bedingung ist dabei, daß der Aufenthalt an der Adria Küste bzw. in den bereisenden Orten mindestens zehn Tage umfaßt. Es ist nicht nötig, daß sich der Aufenthalt nur auf einen Ort beschränkt. Die Aufenthaltsdauer muß von der Gemeinde- oder Kurverwaltung bescheinigt werden.

Nordische Staaten. Während Norwegen keine derartige Vergünstigung aufzuweisen hat, gibt Schweden eine Ermäßigung bei einfacher Hin- und Rückfahrt bis zu 300 Kilometer. Dänemark besitzt Abonnements für 8 und 15 Tage mit Fahrpreisermäßigung. Die nordischen Länder sind demnach nicht so freigebig mit der Gewährung von Vorteilen für Touristen und andere reisefreudige Personen.

Wie bereits oben erwähnt, stehen die bisher genannten Länder auf der gleichen Stufe der normalen Fahrpreisgestaltung wie die

Deutsche Reichsbahn. Gehen wir nun zu den anderen Ländern über. Hierbei sei vorweg nochmals darauf hingewiesen, daß in diesen Ländern die Fahrpreisgestaltung ungleich günstiger ist als in Deutschland und den nordischen Staaten. In dieser Lausache allein liegt schon allgemein eine Vergünstigung, die auch weidlich ausgenutzt wird. Sie läßt einen unübersteiglichen Anreiz auf den Fremden aus, der noch dadurch erhöht wird, daß ihm zahlreich Gelegenheiten geboten sind, die weitere Herabsetzung der Fahrpreise durch Inanspruchnahme der vielfachen Vergünstigungen zu erwirken.

Oesterreich, unser deutsches Bruderland, das eine reichhaltige Auswahl an Gelegenheiten zur Inanspruchnahme einer Fahrpreisermäßigung bietet, sei zuerst genannt. Oesterreich zerfällt in neun Reisegebiete: Burgenland, Ober- und Niederösterreich, Kärnten, Steiermark, Tirol, Vorarlberg, Salzkammergut und Salzburg. Für jedes dieser Reisegebiete allein oder im Zusammenhang mit einem oder mehreren Gebieten je nach Wohl gibt es Abonnementskarten für 15 und 30 Tage, ferner für 3, 6 und 12 Monate. Oesterreich gewährt weiter ermäßigte Rückfahrkarten an Verkehr zwischen Wien einerseits und einer Reihe von größeren Städten andererseits. Dann werden den Mitgliedern von Touristenvereinen Rückfahrkarten mit einer Ermäßigung von 33 Proz. von einer Reihe bestimmter Orte nach einer Reihe anderer touristisch wichtiger Orte zur Verfügung gestellt. Endlich gewährt Oesterreich eine Ermäßigung von 25 Proz. dem einzelnen Besucher jährlicher Tagungen, Kongresse, Konferenzen, den Besuchern sportlicher Veranstaltungen, Ausstellungen usw. Es verfolgt damit eine ganz bestimmte kluge und zielbewußte Verkehrspolitik und zieht auf diese Weise den Fremdenstrom wie ein Magnet an sich. Bismarck könnte Deutschland von seinem Bruderlande lernen!

Frankreich, das Land der niedrigen Tarife.

Frankreich kennt neben den Abonnementskarten für einen Monat, zwei Monate usw. noch Rückfahrkarten mit Ermäßigung für einzelne Personen und Familien. Frankreich und Belgien haben außerdem den Vorzug, den niedrigsten Eisenbahntarif von allen europäischen Ländern zu besitzen und keinen Unterschied in den Preisen für Personen- oder Schnellzüge zu kennen.

Die **Tschechoslowakei** gewährt den Besuchern von Bade- und Kurorten und Reisenden, die sich nach bestimmten Touristengebieten begeben, für die Rückfahrt ebenfalls eine Ermäßigung von 50 Proz., wenn der Aufenthalt mindestens zehn Tage dauert. Daneben gibt die Tschechoslowakei noch Saisonkarten für 15 und 30 Tage aus.

Diese **Verzählung** erhebt natürlich auf Vollständigkeit keinen Anspruch. Sie beschränkt sich lediglich auf solche Staaten, die als Reiseziel in erster Linie für die Allgemeinheit in Frage kommen und mit Vorliebe aufgesucht werden. In bestimmten Ländern gibt es dann Fahrpreisermäßigung für Journalisten, Studierende und Familien usw. Nicht erwähnt soll ferner die Möglichkeit einer Fahrpreisermäßigung für Gesellschafts- oder Gruppenfahrten werden, die ausnahmslos in allen Ländern Europas besteht. Belanglos sind auch ferner für unsere Betrachtung die Fälle, in denen eine Fahrpreisermäßigung aus Gründen der Wohltätigkeit gewährt wird. Für uns kommt es nur darauf an, festzustellen, wo und in welchen Ländern jeder reisefreudige Mensch einer derartigen Vergünstigung teilhaftig werden kann.

Unwillkürlich stellt man nun Vergleiche mit Deutschland an und fragt sich:

Was hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft den hier genannten Ländern als gleichwertig an die Seite zu stellen? Die Antwort lautet: Nichts!

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist fremdenverkehrsfriendly eingestellt, sonst würde sie nicht erhebliche Summen für die bereits

ermähnten geschmackvollen Plakate zur Verkehrswerbung jährlich ausgeben. Aber damit ist auch ihre Arbeit für die Hebung des Fremdenverkehrs obsolet erschöpft. Gerade Deutschland, das hinsichtlich der Fahrpreise zu den teuersten Ländern Europas gehört, hätte alle Ursache, den Strom der Fremden aus dem Auslande durch Einführung gewisser Vergünstigungen an sich zu ziehen.

Deutschland möge sich bemühen, internationales Kongressland zu werden und nicht hinter seinem Bruderlande Oesterreich zurückbleiben. Kongresse, Tagungen, größere Ausstellungen usw. vereinigen bekanntlich immer eine beträchtliche Zahl von Fremden auf einem Punkte. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gewähre den Teilnehmern derartiger Veranstaltungen ebenfalls gewisse Vorteile bezüglich der Fahrpreise, wie dies in anderen Ländern schon seit Jahren der Fall ist. Der Tourist und Einzelreisende, der ein Land wegen seiner Naturschönheiten oder aus anderen Gründen auf 1000, 2000 und mehr Kilometer mit der Eisenbahn durchfährt, hat unbedingt Anspruch auf irgendeine Vergünstigung, wie ein guter Kunde, der von seinem Kaufmann einen großen Posten Ware bezieht. Für solche Zwecke wäre unter den mannigfachen Formen der Gewährung einer Fahrpreisermäßigung die Einführung der Kilometerhefte, wie sie Spanien besitzt, das geeignetste.

Die Reichsbahn hat sich in den letzten Jahren in den mittleren und unteren Kreisen der Bevölkerung keine Freunde erworben. Will sie sich durch die Erhöhung der Personentarife zur Reisezeit um den letzten Rest von Sympathie bringen?

Busch weiter schwer belastet.

Der Herr Stadtrat und sein „Freund“ Luffi.

Der Gegensatz zwischen den Aussagen des Stadtrats Busch und denen seines Geschäftsfreundes Luffi in Rotterdam in bezug auf die angebliche Beteiligung des letzteren an den Busch'schen Unternehmungen in Deutschland bedeutet für den ehemaligen Berliner Grundstücksdevisenrenten eine ständig wachsende Belastung.

Luffi hat bekanntlich dem Kommissar Seifert gegenüber entschieden betritten, daß er irgendwie an den Unternehmungen Busch's finanziell beteiligt gewesen sei. Diese Erklärung bezieht sich, wie wir hören, nicht nur auf die „Petrola“ und die Kurzenborfer Werke, sondern auch auf die in anderer Hinsicht unstrittene „Debag“ (Deutsche Benzolabheidergesellschaft). Der Notariatsvertrag über die Gründung dieser G. m. b. H. enthält nun den von Busch dem Notar zu Protokoll gegebenen Passus: „Ich gebe sämtliche Erklärungen namens des Direktors J. C. Luffi aus Rotterdam, Witte Huls, ab, dessen auf mich lautende Generalvollmacht ich vorlege.“ Tatsächlich hat Busch eine solche Vollmacht von seinem holländischen Geschäftsfreund erhalten. Die Frage ist nur, für welche Zwecke sie bestimmt war und ob der frühere Stadtrat auf Grund dieser Generalvollmacht auch eine finanzielle Beteiligung Luffis festlegen konnte. — Der § 3 des Gesellschaftsvertrages der „Debag“ lautet nämlich: „Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 30.000 Mark. Die Stammeinlage der beiden Gesellschafter Luffi und Busch beträgt je 10.000 Mark. Auf diese Stammeinlagen ist der vierte Teil, also je 2.500 Mark, in bar zu leisten.“ Wenn der Holländer nun bestritten, beteiligt gewesen zu sein oder irgendwelche Zahlungen geleistet zu haben, so wird durch die weitere Untersuchung zu klären sein, ob Busch auch die Einlage des anderen Gesellschafters selbst geleistet und ob er überhaupt über diese ganze Transaktion seinen Geschäftsfreund in Rotterdam ins Bild gesetzt hat. Andererseits dürfte von dem Holländer Auskunft darüber zu verlangen sein, zu welchem Zweck er eigentlich dem ehemaligen Stadtrat eine Generalvollmacht erteilt hat. Busch bleibt noch wie vor bei seiner bisherigen Darstellung, daß Luffi keineswegs nur ein Strohhalm, sondern ein regelrechter Gesellschafter gewesen sei.

Im übrigen hat seine Vernehmung eine zweitägige Untersuchung erfahren, weil die Staatsanwaltschaft augenblicklich noch andere wichtige Zeugen hören muß und Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weisberg am heutigen Dienstag durch seine Teilnahme am Hauptprüfungstermin in Sachen Willy Klare! unabhänlich ist.

Protokoll

aufgenommen mit der Zeugin Maria Sandal, geb. 1906 in Tromsø, evangelisch, ledig, Bankbeamtin, wohnhaft in Oslo. (Die Zeugin bestand dringend auf ihrer sofortigen Einnahme.)

„Sie kommen wegen einer Aussage im Fall Rist?“
„Ja.“
„Sie wollen uns Mitteilungen machen, dringliche Mitteilungen?“
„Ja.“
„Sie sind, wie Sie angeben, eigens zu diesem Zweck aus Norwegen hergereist?“
„Ja.“
„Dann sprechen Sie bitte.“
„Ich wollte Ihnen sagen — a bitte, könnten nicht Sie mir erst sagen, ob der wirklich so schwer krank ist?“
„Wer? Rist?“
„Ja. Ich las nämlich so furchtbares in Dagens Nyheder und da dachte ich — nun gibt es nichts anderes — und nun bin ich gekommen, um ihn zu befreien.“
„Dort ist Sie bitten, Ihren Schleier aufzuheben, Fräulein Sandal; ich kann Sie nämlich kaum verstehen, und dann möchte ich — oh —“

„Ja ich bin es. Ich bin Maria mit den blonden Zöpfen. Ich habe den Brief an das Amtsavis wirklich geschrieben. Das war keine Fälschung. Es ist jedes Wort wahr, das drin steht. Ich bin keine Braut.“
„Fräulein Sandal — das ist wirklich — eine außerordentliche Ueberraschung. Warum um Gottes willen haben Sie sich denn nicht gleich gemeldet?“
„Weil ein furchtliches Geheimnis mich daran hinderte. Ich verfolgte vom ersten Tag an alles. Ich mußte ja sofort, daß etwas geschehen sein mußte, als ich auf einmal keine Briefe mehr bekam. Sein letzter Brief war vom 11. Juni. Am selben Abend aufgegeben, an dem...“
„Fassen Sie sich, liebes Fräulein.“
„Froy Fredriksen schickte mir dann alle Zeitungen. Oh, diese Duol, mit gebundenen Händen dasitzen zu müssen und zu wissen, daß einem das Lebensglück für immer zerstört wird. Ich will gerne noch weiter sprechen, aber so sagen Sie mir doch endlich, ob man ihn wirklich wahnsinnig gemacht hat?“
(Fortsetzung folgt.)



Dagens Nyheder, Kopenhagen, 12. Juli 1929:

Ein armer Bahnsinniger in den Klauen bürokratischer Justiz. — Der Erotomane von Lynö hunger und darbt in einem Kerker. (Eigenbericht.)

In welchen Zeiten leben wir eigentlich? In der Ära des grauen Mittelalters, das seine Geisteskranken zu Tode peitschen ließ oder in unserem berühmten aufgeklärten und humanen zwanzigsten Jahrhundert, in einem Jahrhundert der Wissenschaft und des Fortschritts?

Diese Fragen müssen sich unwillkürlich jedem denkenden Menschen aufdrängen, der dazu verurteilt ist, auf dem sonst so anmutigen, aber jetzt von dumpfen Schicksalen umdüsterten Lynö seine Zelte aufzuschlagen. Denn alles, was hinter den Kerkermauern von Söndrup mit einem armen kranken Menschen jetzt vor sich geht, die ganze engstirnige Brutalität, mit der man hier mit einem der unzähligen Opfer abnormer Veranlagung verfährt, läßt einem das Blut in den Adern erstarren, die Haare sträuben sich, der Schlaf der Nächte flieht und man schämt sich zu Tode ein Zeitgenosse zu sein. Denn was nützen uns die Weltschmerz eines Zeppelins, was hilft uns Einstein mit seinen unwiderleglichen Relativitätstheorien, was haben wir von Radio und Aeroplan und den ganz neuen Errungenschaften der Technik, wenn es möglich ist, daß in einem so fortschrittlichen und freiheitlichen Land wie Dänemark ein schuldloser und wahrlich nicht nach dazu geneigter Mensch von gewissenlosen Bütteln zu Tode martriert wird.

Daß Torben Rist ein Bahnsinniger ist, den niemand für seine Taten verantwortlich machen darf, geht aus dem Gutachten des berühmten Kopenhagener Gerichtspsychiaters, Professor Axel Behrens, einwandfrei hervor. Mit Aus-

nahme von Untersuchungsrichter H. O. Jakobsen zweifelt niemand mehr auf Lynö oder in Söndrup, daß der Mann in eine Anstalt gehört, daß man versuchen muß, ihn zu heilen, nicht aber ihn zu strafen. Ein Komitee von Philanthropen, die ihren Namen nicht genannt sehen wollen, hat sich zusammengeslossen und bereiterklärt, die Kosten einer Sanatoriumsbehandlung in der Schweiz oder sonst wo im Ausland aufzubringen. Herr Jakobsen hatte nicht die Gnade, diese Leute auch nur anzuhören, er hielt sich sogar — höchst merkwürdige Manieren für einen Untersuchungsrichter! — die Ohren zu, als man ihm ähnliche Vorschläge unterbreiten wollte. Und warum? Warum verhält sich Herr H. O. Jakobsen mit einer solchen geradezu schon sadistischen Grausamkeit gegen sein Opfer. Die Erklärung ist nicht schwer zu finden. Der Fall Torben Rist ist der erste Fall seiner Amtspraxis, den er allein zu behandeln hat. Herr H. O. Jakobsen will die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um sich bei seinen Vorgesetzten ein Stein im Brett einzulegen. Er will sich lieb Kind machen, indem er einen Kranken, der nicht in die Arme der Justiz, sondern in die heilenden Hände der Medizin gehört, mit geradezu mittelalterlicher Strenge behandelt.

Wie groß die Empörung über diesen schreienden Justizskandal ist, beweist ein Aufruf in der Zeitung „Söndrups Amtsavis“, in dem eine Sammlung eingeleitet wird, um den jungen Schriftsteller, der, wie man hört, einen berühmten alten Namen tragen soll, und zu allem Unglück noch an einer schweren Tuberkulose leidet, über die schwersten Zeiten hinwegzuhelfen. Ist es wirklich notwendig, daß die öffentliche Wohltätigkeit sich in unserm Vaterlande eines unglücklichen Erotomanen annehmen muß? Gibt es nicht Spitäler und Nervenkurenanstalten? Wohin fliehen denn unsere Steuergeider?

Herr Justizminister! Wir fordern Sie auf, diesem himmelschreienden Unfug ein Ende zu machen. Wir fordern Sie auf, das Söndruper Amtsgericht einer strengen Disziplinaruntersuchung zu unterziehen! Wir fordern Sie auf, die sofortige Ueberrückführung des geisteskranken Torben Rist aus den Kerkermauern in eine geschlossene Heilanstalt anzuordnen! Wir fordern Sie auf, durch Besetze dafür zu sorgen, daß die Bildung einzelner Beamter nicht fähig ist, ein ganzes Land an den moralischen Pranger zu stellen! B. H.

Der erste Maifonntag im Freibad.

30000 Wasserfreunde besuchten die Strandbäder.

Obwohl erfahrungsgemäß die eigentliche Freibadsaison erst Mitte Mai beginnt und auch am 15. Mai erst die Erweiterungsarbeiten der Strandbäder Wannsee und Müggelsee in vollem Umfange in Betrieb genommen werden können, brachte der erste Maifonntag mit seiner Hochsommer-temperatur den Freibädern einen Besuch, wie er in den letzten Jahren nicht zu verzeichnen war.

Das herrliche Strandbad Wannsee zählte am gestrigen Sonntag 14000 Besucher, und wurde im neuen Geschäftsjahr, das am 1. April begann, bereits von 30000 Gästen besucht. Das Freibad Plöhensee, das seit einigen Tagen ebenfalls seine Pforten geöffnet hat, zählte am gestrigen Sonntag 5200 Besucher. Das Fließbad Lichtenberg, das vom Kraftwerk Klingenberg mit Warmwasser versorgt wird, eröffnete am Sonnabend mit 1000 Besuchern die Saison und am Sonntag waren es bereits über zweitausend Badende. Das Strandbad Müggelsee, das infolge des Neubaus erst am 15. Mai in Betrieb genommen werden kann, wurde trotzdem von Ausflüglern, die den billigen Sonntag (es wurde kein Eintrittsgeld erhoben), als willkommene Badegelegenheit begrüßten, besucht.

Am Sonntag, dem 4. Mai 1930, beförderte die Straßenbahn 1868000, der Omnibus 713000, die Untergrundbahn 541000 Fahrgäste: zusammen 3122000 Personen. Hierzu ist zu bemerken, daß mit Rücksicht auf den erhöhten Luftungsverkehr der Omnibus im Vergleich zu den vorhergehenden Sonntagen eine erheblich höhere Beförderungsziffer zu verzeichnen hatte.

120000 Personen haben die Blütenstadt Werder besucht.

Riesenwälder in Flammen.

Eine Folge der Trockenheit in Amerika.

New York, 5. Mai.

In verschiedenen Staaten des Landes sind große trockene Grasflächen und Fichtenwälder in Brand geraten. Bei dem gestrigen starken Winde erreichten die Brände teilweise eine beachtliche Ausdehnung und richteten Schäden an, die bisher auf insgesamt 20 Millionen Dollar geschätzt werden. In Congisland hatte die brennende Fläche teilweise eine Ausdehnung von 40 Meilen, so daß die New-Yorker Feuerwehr zur Hilfe gerufen wurde. In New Jersey wütheten mehrere Dörfer wegen der Waldbrände geräumt werden. In Staatenland und Congisland brannten mehrere hundert Häuser nieder. In Rhodeisland in Newhampshire wütheten ebenfalls große Brände. Namentlich in Mittel- und Süd-New-Jersey gewannen die Brände eine solche Ausdehnung, daß sie als die schlimmsten in der Geschichte dieses Staates bezeichnet werden müssen. Ein Waldfeuer, das in Smithburg begann, brannte zwölf Meilen weit bis Lakehurst und zerstörte dabei unterwegs einen Teil der Ostküste Bahnhalle. In Lakehurst war der Rauch dieses Feuers derart dicht, daß die Feuerbeobachtungsstelle auf der Luftschiffhalle, die dem Zeppelin als Unterstand diente, nutzlos wurde. Die Waldbrände übersprangen breite Landstrassen, die des Nachts voll von aus den brennenden Wäldern geflüchteten Wild waren.

Börgiebel-Komplex der „Roten Fahne“.

Wegen formeller Beleidigung 900 Mark Geldstrafe

Die Geldstrafe, die die „Rote Fahne“ wegen ihrer Beleidigungen engros an die Staatskasse zu leisten hat, wachsen allmählich zu neuen runden Summen an. Allein schon der Ausdruck „Massenmörder“ gefallt sich zu einem äußerst kostspieligen Vergnügen.

Sorben hatte sich wieder einmal der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“ Klammann wegen Beleidigung in zwei Fällen zu verantworten. Diesmal war nicht nur der Polizeipräsident Börgiebel in vier Nummern der „Roten Fahne“ als „Massenmörder“ bezeichnet worden, sondern auch der Hamburger sozialdemokratische Polizeisenator Schönfelder. Von ihm hieß es, er habe unter der Hamburger Arbeiterschaft ein Blutbad angerichtet und sei ebenso ein Massenmörder wie Börgiebel. Um für Abwechslung zu sorgen, hatte diesmal der angeklagte Redakteur der „Roten Fahne“ durch seinen Verteidiger R.-A. Apfel den Polizeipräsidenten Börgiebel als Zeugen und die früheren Polizeibeamten Lange und Schöninger als Sachverständige geladen. Polizeipräsident Börgiebel war nicht erschienen. Anwesend war Herr Lange als Sachverständiger. Das Gericht erachtete es aber als überflüssig, ihn zu vernehmen, da es sich ja um eine formale Beleidigung handelte, die die Vernehmung eines Sachverständigen erübrige. Der Oberstaatsanwalt Köhler beantragte eine Geldstrafe von 1200 M., das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 900 M. Immerhin kann die „R. F.“ noch von Glück sagen. Ein Redakteur, der unter dem alten Regime sich eine derart fürchterliche Beschimpfung geleistet hätte, wäre wahrscheinlich für viele Jahre im Gefängnis begraben worden.

Vor dem Verbot der Flugakrobatik.

Die preussische Regierung beabsichtigt nach erneuter Prüfung der Sachlage in den nächsten Tagen ein Verbot aller Veranstaltungen zu erlassen, bei denen Flugakrobatik in irgendeiner Form dem Publikum zu Unterhaltungszwecken vorgeführt wird. Der Erlass der entsprechenden Verordnung wird zur Zeit von dem für diese Veranstaltungen zuständigen preussischen Handelsministerium vorbereitet.

Kleiner Junge verschwunden.

Seit Sonntag vormittag wird der 4½ Jahre alte Wilfried Porellis aus der Herwarthstraße 16 in Lichterfelde vermisst. Die Herwarthstraße ist eine wenig belebte Straße, sie stößt aber an den Teltow-Kanal und deshalb muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß der Kleine auf dem zum Haus gehörenden Garten an den Kanal gelaufen und ins Wasser gestürzt ist. Ein Absuchen des Kanals war allerdings bisher erfolglos. Seine Mutter hatte dem Jungen früher einmal eine Dampfschiffahrt versprochen. Vielleicht ist der Junge auch nach der nahe gelegenen Anlage gefahren und hat sich dort anderen Kindern, die mit ihren Eltern einen Dampferausflug unternahmen, angeschlossen. Er war von jurau-tische in Wese und ist möglicherweise von gutmütigen Leuten auch mitgenommen worden. Mitteilungen über den Verbleib des Jungen nimmt die Vermittlungszentrale im Polizeipräsidium entgegen.

Der Termin gegen die Witwe des Geheimen Rechnungsrats Koether in Potsdam, die unter dem Verdacht großer Betrügereien steht, ist wegen sechsten Zusammenbruchs der Angeklagten aufgeschoben worden. Er war für den 8. Mai angesetzt worden. Der Prozeß kann erst im Juni oder Juli stattfinden.

Explosion in englischer Oelkuchenfabrik.

Bisher 6 Tote und annähernd 100 Verletzte.

London, 5. Mai.

Am Montagvormittag um 12½ Uhr ereignete sich in der Oelkuchenfabrik der Gebrüder Libbys in Liverpool eine schwere Explosion, bei der nach den bisherigen Feststellungen sechs Personen getötet und annähernd hundert verletzt worden sind. Die Explosion wurde durch ein Feuer hervorgerufen, das in einem der Silos in dem neuen Fabrikteil ausgebrochen war. Verschiedene der Verletzten befinden sich in unmittelbarer Lebensgefahr und man fürchtet, daß sie nicht gerettet werden können.

Ueber das Unglück liegen noch folgende Einzelheiten vor: Die Wände des Silos, die aus Eisen und Holzfachwerk bestanden, wurden durch die Explosion auseinander gesprengt und die Trümmer 40 Meter tief auf die Straße geschleudert. Der Explosion folgte sofort eine riesige Stichflamme und sämtliche in dem Stockwerk befindliche Arbeiter erlitten entweder Brandwunden oder wurden durch herumfliegende Trümmer verletzt. Die Flammen griffen dann auf die beiden darunterliegenden Stockwerke über, so daß die Belegschaft der drei obersten Stockwerke in einem Flammenmeer gefangen war. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich außerordentlich schwierig, da die meisten Zugänge zerstört waren.

Einer der Ueberlebenden gibt folgende Beschreibung: Die Katastrophe war einer Granatexplosion inmitten einer Schlacht vergleichbar.

Nach der Explosion lagen überall Arbeitskollegen umher. Viele von ihnen gaben keine Lebenszeichen mehr von sich und erweckten den Anschein, als ob sie tot seien.

andere schrien infolge der schweren Brand- oder Schlagwunden. Ich sah einen Mann mit seinen Kleidern in hellen Flammen. Wir warfen ihn zu Boden und erlitten die Flammen. Einem anderen waren bei der Explosion sämtliche Kleider vom Leibe gerissen worden. Er stürzte sich nach einer Feuerleiter und konnte sich nach einem anschließenden Gebühde retten. Kurz nach der Explosion hatten sich Tausende von Menschen vor den Eingängen versammelt. Die Polizei hatte die größte Wache, die Haupteingänge freizuhalten, da die

Angehörigen die Fabrik zu stürmen drohten. Sobald die Flammen nachgelassen hatten und die dringenden Rettungsarbeiten abgeschlossen waren, erfolgte eine Durchsuchung der Trümmer, wobei vier Tote gefunden wurden. Im Krankenhaus sind inzwischen zwei weitere Arbeiter ihren Verletzungen erlegen.

Bereits im Jahre 1911 hat sich in der gleichen Fabrik eine schwere Explosion ereignet, bei der 21 Menschen getötet und 113 verletzt wurden.

Beim Essenofen verbrannt.

Tragisches Ende einer treusorgenden Mutter.

Gestern nachmittag ereignete sich in der Südenstraße 16 in Steglitz ein schweres Brandunglück, bei dem die 67-jährige Witwe Anna Deichsel auf schreckliche Weise ums Leben kam. Die betagte und etwas gelähmte Frau wollte ihrem Sohn, mit dem sie zusammenwohnt, das Essen zubereiten. Hierbei kam sie unglücklicherweise der Flamme des Gashofers zu nahe und im Augenblick hatten ihre Kleider Feuer gefangen. Die Bedauernswerte konnte aber nicht einmal mehr um Hilfe rufen. Vor dem Kochherd brach sie bewußtlos zusammen. Während der furchtbare Vorfall im Hause selbst unbemerkt geblieben war, hatten Bewohner des gegenüberliegenden Hauses in der Wohnung der Unglücklichen Feuerzeichen wahrgenommen und sofort die Steglitzer Feuerwehr alarmiert. Die Beamten verschafften sich gewaltsam Einlaß und fanden die Frau in der Küche über und über mit Brandwunden bedeckt tot auf dem Fußboden. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Todesopfer der reisenden Ruthe.

Am Sonntagnachmittag geriet ein mit den Brüdern Paul und Werner Hille aus Mariendorf besetztes Fastboot in die Strömung des Ruderkanals bei Rowaves. Das Boot kenterte, und der 21 Jahre alte Paul Hille ertrank. Die Ruthe ist noch nicht geborgen. Die Tatsache, daß die Ruthe eine außerordentlich starke Strömung hat, sollte nicht nur von Paddlern sondern auch von Schwimmern beachtet werden.

Auto rammt Zuschauertribüne.

Beim Einsturz 6 Personen getötet, 36 verletzt.

New York, 5. Mai.

Bei der Eröffnung des neuen Flugplatzes von Guadalupe in Mexiko, der etwa 40000 Personen bewohnten, rammte ein Automobil einen Träger der Zuschauertribüne, auf der sich über 2000 Personen befanden. Infolge des Stohes stürzte die Tribüne ein. Hierbei wurden sechs Personen getötet, 36 Personen mußten mit mehr oder weniger schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

Munitionsexplosion in einer Moschee.

Konstantinopel, 5. Mai.

Am Montagnachmittag slog aus bisher ungeklärter Ursache ein großes Benzin- und Munitionslager im Hof der Dolma-Moschee in die Luft. Die Zahl der Menschenopfer ist noch nicht bekannt, da das Feuer noch nicht gelöscht werden konnte.

Der Etat der Berliner Bauverwaltung.

In erster Lesung im Haushaltsausschuß verabschiedet.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung beendete am 5. Mai die Beratung des Bauverwaltungs-Etats. Die Ansätze für Baupolizeigebühren wurden in 14 Bezirken um insgesamt 156400 M. erhöht. Der Haushaltsausschuß erläßt zu dem Kapitel „Straßenbau“ die Verwaltung um schriftliche Nachweisung derjenigen dringlichen Bauvorhaben, die außer dem Durchbruch der Lindenstraße noch in Angriff genommen werden sollen. Ebenso soll die Verwaltung bis zur zweiten Lesung die Pläne für den Bau des Mittelkanals und die hierfür abzureichenden Gebäude in übersichtlicher Zusammenstellung geben. Für den Beginn der Wiederherstellungsarbeiten an der Augustabrücke im Zuge der Linkstraße über den Landwehrkanal soll erst die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung eingeholt werden. Ein Antrag, die Kosten für den Ausbau der Straßenbeleuchtung und den Einbau der Fernschaltung auf neu zu legenden Beleuchtungsstellen zu streichen, wurde abgelehnt. Bis zur zweiten Lesung ausgelegt wurden die Anträge auf Streichung der Mittel für 58 Beamte und Angestellte in der Tiefbauverwaltung und acht Arbeiter beim Vermessungswesen.

Naturfreunde leisten Feuerchutz.

Am Sonntagnachmittag in der dritten Stunde geriet durch Unvorsichtigkeit unorganisierter „wilder“ Wanderer ein etwa zwei Morgen großer Teil Heidefeld am Uebersee bei Oberswalde in Brand. Ein lebhafter Wind unterstützte die schnelle Ausbreitung des Feuers, so daß bald helle Flammen ausluderten. Etwa 800 bis 900 Meter von der Brandstelle entfernt liegt das Grundstück der Ortsgruppe Berlin des Touristenvereins „Die Naturfreunde“. Hier waren bei dem im Neubau befindlichen Naturfreunde-Ferienheim die Mitglieder der Abteilung Friedrichshain seit Sonntag früh mit Erdbarbeiten beschäftigt. Pflötzlich erschall der Ruf: Die Heide brennt! Sofort eilten mehr als 40 Naturfreunde mit Schuppen und Spaten im Laufschrift zur Brandstelle. In kurzer Zeit war der Brandherd begrenzt und durch Aufwerfen von Erde das in meterhohen Flammen lodernde Feuer erstickt. Als die freiwillige Feuerwehr aus Finowfurt am Brandort erschien, war das Feuer bereits gelöscht. Mit freundlichem Dank quittierten die Feuerwehrmänner die schnelle Hilfe der Naturfreunde, deren sofortiges Eingreifen weitere Gefahren beseitigt hatte.

Todesopfer der Ammoniakvergiftungen.

Im Krankenhaus Friedrichshain verstarb der 52 Jahre alte Waldhütel Max Galle aus der Berliner Straße 78 in Bantow an den Folgen der Ammoniakgasvergiftung und Lungenentzündung, die er sich bei dem Unfall am 2. Mai in der Rosenthaler Brauerei zugezogen hatte.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Montag, dem 5. Mai.

1. Rennen. 1. Schaumaleho (Rautenberger), 2. Galeaffe, 3. Heureka, 4. Rima Water. Toto: 14:10. Wagh: 11, 14, 14, 12:10. Ferner liefen: Slegmann, Beltrich, Drama, Minole, Baron Duff, Guj de Bal, Gelatrap, Tritoma, Adreff.
2. Rennen. 1. Barant, 1. Lehmann (Anspindel jr.), 2. Kerallion, 3. Oelheins Sohn. Toto: 47:10. Wagh: 21, 27, 37:10. Ferner liefen: Dompf I, Wagner, Zeulebschurich, Walter, Palma, Baron Sineker, Rudi, Killa Borika. — 2. Vorlauf. 1. Oelheins (Ed. Wils), 2. Dunstic, 3. Antenne. Toto: 25:10. Wagh: 12, 13, 11:10. Ferner liefen: Copal (s. B.), Rabbla, Karlenmädchen, Hanna Archdale (3. bisq., 80 Proq. Platz. zur.), Per alptra.
3. Rennen. 1. Jofals (Anspindel jr.), 2. Dewey Villal, 3. Boganeh Bacon. Toto: 61:10. Wagh: 16, 15, 19:10. Ferner liefen: Ollama, Brile, Eminenz, Blaustrumpf, Beschmeißer, W. Lo, Champignon, Bergamotte.
4. Rennen. 1. Walter Dear (Ed. Wils), 2. Britton, 3. Don Josh. Toto: 11:10. Wagh: 11, 20:10. Ferner liefen: Banco Duff, Cuiß quast, Königsdaler.
5. Rennen. 1. Amerlan (Bel), 2. Langemann, 3. Silber Weingelst. Toto: 65:10. Wagh: 21, 33, 18:10. Ferner liefen: Gilly Dillon, Herzog Louis, Gulenpiegel, Eff. Woudler jr., Angelimbe.
6. Rennen. 1. Lutz (Ed. Wils), 2. Bindar, 3. Bergs, 4. Weffimilin. Toto: 28:10. Wagh: 14, 18, 20, 20:10. Ferner liefen: Angara, Schmelker, John, Anshallah, Dymuschka, Katalu, Cory Belle, Perama, Iris S., Aironom, Karola.
7. Rennen. Entscheldungslauf. 1. Oelheins (Ed. Wils), 2. Lehmann, 3. Antenne. Toto: 14:10. Wagh: 12, 13, 13:10. Ferner liefen: Walter, Copal, Dunafer, Karlenmädchen, Kerallion, Oelheins Sohn.

Allgemeine Wetterlage.



Wetter für Berlin: Meist wolkig mit Neigung zu lokalen Bewitterungen, Temperaturen wenig verändert, schwache Winde. — Für Deutschland: Im Norden meist stark wolkig; im übrigen Reich stellenweise heiter; überall Neigung zu lokalen Bewitterungen und Bewittern. Temperaturen nirgends wesentlich verändert.

Laxin führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Da bist im Bilde

Staatspolitik im Finanzspiegel.

Reichs-, Länder- und Kommunal финанzen im Bild der Statistik.

Mit der üblichen Verspätung bringt das Statistische Reichsam die wichtigsten Ergebnisse der Finanzstatistik für das Rechnungsjahr 1927/28 heraus. Ihr wesentliches Ergebnis ist, daß mit wenigen Ausnahmen alle öffentlichen Ausgaben und dementsprechend auch alle Einnahmen weiter gewachsen sind. Ein Vergleich zwischen dem öffentlichen Finanzbedarf vor dem Krieg und in den letzten Jahren wird ein eindrucksvolles Bild von den Verschiebungen vermitteln, die seit dem Kriege im Aufgabenkreis des Staates eingetreten sind. Der Finanzbedarf von Reich, Ländern und Gemeinden (der die gesamten Ausgaben enthält) verteilte sich folgendermaßen:

Reich, Länder und Gemeinden	1913	1925	1926	1927
in Millionen Reichsmark				
Verwaltung (einschl. Finanzwesen und Rechtspflege)	1001,1	1951,4	2034,9	2286,3
Wehrmacht	1821,8	633,3	704,2	768,9
Polizei	217,9	723,6	727,1	810,4
Bildungswesen	1391,8	2370,2	2529,1	2884,5
Wohlfahrtswesen	691,4	2453,7	3639,0	3130,8
dapon:				
Erwerbslosenfürsorge	3,3	451,2	1272,5	542,0
Bahnungswesen	31,3	1070,8	1449,5	1628,3
Wirtschaft und Verkehr	1017,8	1454,2	1749,5	2136,8
Öffentliche Anstalten und Einrichtungen	429,1	484,4	540,7	682,1
Schuldendienst	477,1	194,2	308,1	714,6
Innere Kriegskosten	62,5	2021,5	1977,5	1910,1
Reparaturen	—	1080,1	1309,5	1779,2
Gesamtausgaben	7178,3	14465,9	17200,7	18770,8

An der ungeheuren Verschiebung in der Struktur der Staatsausgaben zwischen Vor- und Nachkriegszeit hat sich also nichts Wesentliches geändert. Nur zwei Verhältnisfiguren mögen den Sinn dieser Verschiebungen veranschaulichen: Im Jahre 1913 wurden für die Wehrmacht 25,4 Proz. des gesamten öffentlichen Finanzbedarfs aufgewendet und für das Wohlfahrts- und Wohnungswesen 10 Proz.; im Jahre 1927 wurden für die Wehrmacht 4,1 Proz. des Finanzbedarfs ausgegeben und für das Wohlfahrts- und Wohnungswesen 25,3 Proz. Es ist also nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die

Entwicklung vom Militärstaat zum Sozialstaat gegangen ist.

Allerdings sieht es auf den ersten Blick so aus, als würde sich eine allmähliche Wiedervermehrung an die Vorkriegsverhältnisse vollziehen. Der Ausgabenbedarf für die Wehrmacht ist im Steigen begriffen, hingegen sind die sozialen Ausgaben im Jahre 1927 niedriger gewesen als im Jahre 1926. Das Ansteigen der Wehrausgaben unter der damaligen Bürgerblockregierung ist unmerkbar. Erst die Regierung Hermann Müller hat dieser Steigerung einen Damm entgegengeleitet: Für das Jahr 1929 sind einschließlich des Nachtragshaushalts für die Wehrmacht 675,5 Millionen Mark gegenüber 768,9 Millionen Mark im Jahre 1927 angefordert worden. Die Regierung Brüning will mit ihrer frisch-fröhlichen Panzerkreuzerpolitik die Dämme, die die Linkregierung dem Anschwellen der Wehrausgaben gesetzt hat, wieder niederreißen.

Andererseits ist der Rückgang der sozialen Ausgaben im Jahre 1927 nur ein scheinbarer. Er ist erstens auf die damalige Konjunkturbesserung zurückzuführen, zweitens auf die Einführung der Arbeitslosenversicherung, die die direkten Staatsausgaben für die Erwerbslosenfürsorge zunächst wesentlich einzuschränken gestattete. Würden schon die Überschüsse der öffentlichen

Haushalte für 1928 und 1929 vorliegen, so würden sie entsprechend der fortwährenden Verschlechterung der Konjunktur ein fühlbares Wiederaufweichen der sozialen Ausgaben aufweisen. Aber auch hier droht mit der Etablierung der „reaktionären Regierung“ die Gefahr einer sozialreaktionären Wendung. Steigerung der Wehrausgaben, Herabdrückung der Sozialausgaben, das droht das Kennzeichen der neuen Bürgerblockära zu werden.

Daselbe Bild einer kontinuierlichen Steigerung wie auf der Ausgaben Seite ergibt sich naturgemäß auch auf der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte. Die wichtigsten Ziffern lauten folgendermaßen:

Reich, Länder und Gemeinden	1913	1925	1927
in Millionen Reichsmark			
Vom Finanzbedarf des Reiches, der Länder und Gemeinden in Höhe von 7178,3	14465,9	18770,8	
wurden gedeckt durch: Verwaltungseinnahmen	981,1	1759,3	2025,1
Einnahmen aus Anleihen, Fonds um	759,9	977,9	1759,9
Es verbleibt also ein Zuschußbedarf von 5437,3	11728,7	14985,8	
Dapon wurden gedeckt durch:			
Ueberschüsse aus dem Erwerbsvermögen	992,5	568,8	1350,8
Steuern	4045,8	10578,6	13544,4

Die Erhöhung der Steuereinnahmen hat sich also im Jahre 1927 und, wie bekannt, auch in den folgenden Jahren fortgesetzt. Daher der immer lauter werdende Ruf der „Wirtschaft“ nach Steuerentlastungen, zu der freilich die Subventionenpolitik der „Regierung und Wirtschaft“ in schroffem Widerspruch steht.

Fast 2 Milliarden aus öffentlichen Betrieben.

Interessant ist aber, daß auch die Ueberschüsse der öffentlichen Wirtschaft einen wachsenden Anteil an der Steigerung der Einnahmen haben. Sie sind von 568,8 Millionen Mark im Jahre 1925 auf 1350,8 Millionen Mark im Jahre 1927 gewachsen, haben sich also innerhalb von zwei Jahren mehr als verdoppelt. In Wirklichkeit ist aber das Bild noch günstiger, als die Statistik es darstellt. Denn die Finanzstatistik rechnet den Dienst der Reichsbahnobligationen für die Reparationen den Steuern zu, während er in Wirklichkeit einen Ueberschuß der Reichsbahn darstellt, den diese statt an das Reich an die Reparationsgläubiger abzuführen hat. Im Jahre 1927 wendete die Reichsbahn dafür 605,4 Millionen Mark auf. Schlagen wir diesen Betrag zu den Ueberschüssen der öffentlichen Wirtschaft hinzu, so kommen wir zu der gewaltigen Summe von 1956,2 Millionen Mark.

Der Reingewinn der öffentlichen Wirtschaft, soweit er nicht zur Stärkung der Betriebe selbst verwendet wurde, übersteigt also auch unter Berücksichtigung der Geldentwertung wesentlich die Ueberschüsse der öffentlichen Betriebe im letzten Vorkriegsjahr (992,5 Millionen Mark). Man ersieht daraus, welche entscheidende Bedeutung die öffentlichen Betriebe für die Finanzwirtschaft des Staates gewonnen haben, und man kann sich vorstellen, wie katastrophal nicht bloß die volkswirtschaftlichen, sondern auch die finanzpolitischen Wirkungen einer Privatisierung der öffentlichen Betriebe wären, wie sie von kapitalistischer Seite in Ausübung der Finanzschwermierigkeiten der öffentlichen Körperschaften angestrebt wird. Auch die schärfere Besteuerung der öffentlichen Betriebe, die von dieser Seite verlangt wird, würde die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Betriebe bedrohen, ohne die Einnahmen, die die öffentliche Finanzwirtschaft heute schon aus ihnen zieht, wirklich nennenswert zu steigern.

Der Kurssturz in New York.

In Europa ohne große Wirkung. — Die Bedeutung für Amerika.

Die von der New Yorker Börse gemeldeten Kurseinbrüche waren ziemlich erheblich. Es ist jedoch nicht berechtigt, von eigentlichen schwarzen Tagen zu sprechen und die Kursstürze mit jenen vom vorigen November zu vergleichen. Seit November war bei 90 Aktien der Durchschnittskurs bis zum 10. April, wo ein neuer Höhepunkt des Kursniveau erreicht wurde, von 140 auf 206 Proz. gestiegen. Die Amerikaner haben also sehr schnell und ziemlich gründlich sich zu der in den letzten Jahren so beliebt gewordenen Aktien Spekulation wieder zurückgefunden. Bis zum 26. April waren die Durchschnittskurse allmählich wieder auf 201 Prozent zurückgegangen und die Woche vom 26. April bis zum 3. Mai — in der Hauptphase die beiden letzten Tage — hoben dann einen Sturz bis auf 181 Proz. gebracht. Das letzte Kursniveau lag also immer noch um mehr als 40 Punkte über dem Katastrophenniveau vom November.

Der unmittelbare Anlaß dürfte die plötzliche Diskontermäßigung in New York gewesen sein. Die eigentliche Ursache aber mag die Tatsache, daß es sich auch in Amerika allmählich herumspriet, daß der Börsentrad vom vorigen November die Einleitung einer durchaus ernstern Wirtschaftskrise war und daß Aktien Spekulationen à la Haufe ein gefährliches Unternehmen sind. In der Tat sind nämlich die Produktions- und Auftragsziffern in den wichtigsten Industrien auch noch in den letzten Wochen weiter zurückgegangen, und die Ziffern des Güterverkehrs liegen auch jetzt noch außerordentlich niedrig. So konnte es sehr einfach geschehen, daß die auf jeder Börse so immer vorhandene Bullseparat, nachdem man an Hoovers Prosperitätspropaganda je länger desto weniger glaubt, das psychologisch und sachlich ohnehin schlecht fundierte neue Spekulationsgebäude leicht einreißt. In dieser Ernüchterung Amerikas über die Wirtschaftslage, also in einer lokalen Angelegenheit, wird man die Hauptbedeutung dieses neuen Kurseinbruchs zu suchen haben.

Auf die europäischen Börsen blieb bisher das New Yorker Ereignis ohne tiefer greifende Wirkung. In London und Paris sollen die Amerikaner zwar Werte verkauft haben, in Berlin gab es gestern aber nur eine vorübergehende und nicht allzu starke Senkung der Kurse.

Berliner Schwachstromindustrie kündigt

Nach Siemens geht Lorenz und Rig & Genest.

Auch bei der Berliner Elektro-Industrie hat die Konjunkturbeschlechterung neuerdings zu mehrfachen Arbeiterentlassungen geführt. Nachdem erst kürzlich der Siemenskonzern etwa 300 Arbeiter abgebaut hatte, hat auch jetzt das Schwachstromunternehmen C. Lorenz A. G., Berlin entlassen. Diese Gesellschaft hatte bereits zu Beginn des Jahres wegen des ziemlich plötzlichen Rückganges im Radiogeschäft ihre Beschäftigung um etwa 250 Mann vermindert. Zugleich wird bekannt, daß auch bei der Rig u. Genest A. G., die gleichfalls ausschließlich in der Schwachstromfabrikation tätig ist, infolge der durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen der Abzug auf Entlassung von 200 Arbeitern gestellt ist. Als Ursache wird auch auf ungenügende Reichspostaufträge hingewiesen.

Auf deutschen Agrarierspuren.

Holländische Landwirtschaftskammer für wirtschaftliche und soziale Reaktion.

Die holländische Landwirtschaftskammer wird ihre diesjährige große Tagung am 22. Mai in Haag abhalten. Aus der soeben bekanntgegebenen Tagesordnung ergibt sich, daß man die deutschen Berufsgenossen als Muster genommen hat. Es werden die Erhöhung der niederländischen Einfuhrzölle, die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung und der Löhne für Landwirtschaftsarbeitern zwecks Schaffung eines vermehrten Anreizes für die landwirtschaftliche Arbeit sowie eine Erleichterung des Druckes der sozialen Lasten auf die Landwirtschaft behandelt werden.

Abgeblüht!

Eine Hamburger Kohlenfirma machte einer Firma in Altona-Bahrenfeld ein Angebot in Brennstoffen für ihre Angestellten und Beamten. Sie erhielt darauf von dem Betriebsratsvorsitzenden der Bahrenfelder Firma ein Schreiben, worin gesagt wurde:

„Die Beschäftigten unserer Firma hat zum größten Teil nach der Steuererhöhung und Sonderbesteuerung der Konsumvereine durch den Reichstag die Mitgliedschaft zum Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“, Hamburg, erworben und wird infolgedessen ihren Bedarf an Brennstoffen in ihrem eigenen Unternehmen decken. Außerdem sei noch bemerkt, daß die Preise und Zahlungsbedingungen der „Produktion“ sich noch günstiger stellen, als in Ihrer Offerte angegeben ist.“

Dieser Vorgang muß und wird sich vielfach im ganzen Reich wiederholen. Hinein in die Verbraucherorganisationen!

Neuer Vorstoß gegen das Versteckspiel bei den Braunkohlenabkühlungen.

Die Politik der Braunkohlenkonzerne, ihre großen Konjunkturgewinne vom vergangenen Jahr in möglichst großem Umfang zu verstecken, hat ständig wachsenden Widerspruch unter den Aktionären hervorgerufen. Wie bei den verschiedenen Generalversammlungen der Bergbauvereine und der Völk-Bergbau A. G. mehrten sich auch auf der Generalversammlung der Grube Leopold (Völk-Konzern) Aktionärsoppositionen zum Wort. Sie brachten in erster Linie Klagen gegen die mangelnde Publizität der Gesellschaft vor und erklärten sodann, daß die Beschränkung der Dividende auf 4 Prozent, wie im vergangenen Jahr, mit den erhöhten Gewinnen des vergangenen Jahres nicht im Einklang stünde. Die Verwaltung treibe eine Politik der Gewinnanhäufung in ganz großem Maßstabe. Die Antwort des leitenden Direktors der Grube Leopold war insofern sehr interessant, als sie deutlich zeigte, daß die Braunkohlemagnaten die gegenwärtige Konjunkturabschwächung zum Anlaß nehmen, um einen großen Teil der Rekordgewinne von 1926 zu verstreuen. Wenn auch eine gewisse vorsichtige Geschäftspolitik in Zeiten rückgängiger Konjunktur am Platze ist, so übersteigt die Politik der Gewinnanhäufung im Betriebe bei den Braunkohlenunternehmen doch jedes vernünftige Maß.

Das deutsche Ralffabrikat hat im April 797 476 Doppelzentner Reinfalt abgesetzt gegen 1 125 486 Doppelzentner im April vorigen Jahres. Die Differenz erklärt sich auf der Höhe der vorjährigen Verkäufe infolge der vorhergehenden höheren Käufe und des späten Aufwandes des Bodens. In den ersten vier Monaten 1930 wurden 636 Millionen Doppelzentner gegen 654 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres verkauft. Die Verkaufsziffern für 1930 ist bisher also noch etwas günstiger als die für 1929, was auf die allgemeine Lage der deutschen Landwirtschaft günstige Rückschlüsse erlaubt.

Und die Beratungsstelle?

Präsident Kleiner gegen ihre Existenz und ihren Umbau.

Was mit der Beratungsstelle im Reichsfinanzministerium werden soll, ist immer noch nicht heraus. Sicher ist, daß bei der gegenwärtigen Regierungskonstellation die Kräfte stark sind, die nicht nur für ihre Fortexistenz, sondern auch noch für die Erweiterung ihrer Befugnisse sich einsetzen. An ihrer Beseitigung denkt man trotz aller depressierenden Erfahrungen in der Vergangenheit nicht. Augenscheinlich sucht man ein Kompromiß, daß die Tätigkeit der Beratungsstelle auch noch auf die inländische Kapitalbeschaffung ausdehnt, dem Reich die Prüfung der Anleihebedingungen und von Anleihekontingenten vorbehält und den Ländern die Kontrolle über die Verwendung der Anleihe zuweist. Im Effekt ließe eine solche Regelung zweifellos auf eine verschärfte Ausnahmezwangswirtschaft gegenüber den Kommunen heraus, bei der die Vorteile nicht zu erkennen sind, die erstrebt werden könnten.

Es ist deshalb begrüßenswert, daß Präsident Dr. Kleiner von der deutschen Sparkassen- und Giroorganisation auf der Tagung des bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes sich wieder sehr nachdrücklich gegen das den Kommunen gegenüber noch zu verschärfende Ausnahmerecht wandte und grundsätzlich, wie es für die Privatwirtschaft der Fall ist, die Selbsthilfe der Kommunen auch bei der Anleiheverwaltung und der Anleihekontrolle forderte. Ohnehin seien schon heute den Großstädten die Anleihe vorbehalten, während alle anderen Kommunen auf die Sammelanleihe der Girozentrale angewiesen seien. Durch die kommunalen Kreditausweise sei der entscheidende Schritt zur obligatorischen Prüfung der kommunalen Anleihen getan worden. Ein neues Gesetz für die Reglementierung des Kommunalkredits sei überfällig. Jede behördliche Bestimmung über Zinssatz und Emissionsbedingungen gelände die erforderliche Beweglichkeit bei dem Abschluß der Anleihegeschäfte.

Kampf gegen den USA-Zolltarif.

Tausend Amerikaprofessoren protestieren — Uneinigkeit der Republikaner.

Der Kampf gegen die amerikanische Schutzollpolitik wird in immer schärferer Weise, je näher der Termin der endgültigen Entscheidungen in den Parlamenten rückt, auch in den Vereinigten Staaten selbst geführt. Eine Riesensignatur von Volkswirtschaftlern und Professoren — mehr als tausend haben unterzeichnet — blüht den Präsidenten Hoover, bei der Verabschiedung des Zollgesetzes sein Veto einzulegen. Der Hochzoll sei nicht geeignet, die amerikanische Arbeitslosigkeit zu verringern, wohl aber müsse er den Export lähmen und die inländischen Warenpreise heraufstreben, wovon schließlich einige wenige Industriemagnaten einen Vorteil hätten. Die neue Zollpolitik sei ein schwerer wirtschaftspolitischer Fehler und eine Verletzung der auf der Genfer Wirtschaftskonferenz aufgestellten Richtlinien, wodurch Zoll-

kriege herbeigeführt und die politischen Beziehungen Amerikas gefährdet werden können.

Auch bei den ersten Abstimmungen im Repräsentantenhaus über noch ausstehende Zollsätze gab es Schwierigkeiten. Die bisherige Parteilichkeit der herrschenden republikanischen Partei wurde durchbrochen, da 90 Republikaner bei gewissen Zollpositionen mit den oppositionellen Demokraten stimmten. Mehrere kleine Positionen wurden entgegen den Senatsvorlesungen wieder herabgesetzt.

In der Schweiz schlägt die Erregung über die amerikanischen Zollherabsetzungen, die für die wichtigsten Industrien der Schweiz in der Tat bedeutungsvoll sind, noch immer sehr hohe Bogen. Die sehr angelegene „Neue Zürcher Zeitung“ setzt sich für einen Boykott der wichtigsten Einfuhrwaren Amerikas ein. Der schweizerische Gesandte in Washington hat bei der USA-Regierung auf die schweren Folgen der amerikanischen Zollpolitik hingewiesen.

Profite der Zementherren.

Was die Verteidigung der Kartellkartellkosten kostet.

Von den drei führenden deutschen Zementkonzernen hat die süddeutsche Gruppe, die Portlandzementwerke A. G. Heidelberg-Mannheim-Stuttgart als erste ihre Gewinnziffern für 1929 vorgelegt. Der Abschluß zeigt, daß die großen Konzerne die die Politik der Zementkartelle bestimmen, sich die Sicherung ihres Monopols auch im letzten Jahr Unsummen kosten lassen. So hat das Unternehmen keine Abschreibungen von 1,7 auf insgesamt 2,2 Millionen heraufgeschraubt. Hieron entfallen allein 900 000 Mark (= 4 Proz. Dividende) auf Abschreibungen für die im vergangenen Jahr angekauften zwei süddeutschen Kalkofenwerke. So viel löst man sich die Behauptung der Kartellkartellkosten. Welche Profite das Preismonopol der Syndikate auch im letzten Jahre wieder erbrachte, zeigt der Gewinnausweis dieses Konzerns. Der Betriebsergebnis stieg trotz des Umsatzrückganges im letzten Jahre von 8,7 auf 9,2 Millionen und trotz der so stark heraufgesetzten Abschreibungen ist der ausgewiesene Reingewinn um nichts geringer als im Konjunkturjahr 1928. Auch die Aktionärsgewinne, die wieder auf 10 Proz. Dividende festgelegt wurden, haben trotz der hohen Sonderabschreibungen keine Einbuße erlitten.

„Maßloser Auftragsmangel.“

In der Generalversammlung der Philipp-Holzmann-WG. — Dividende ist für 1929 von 7 auf 8 Proz. erhöht — wurde über befristende Auftragsengpässe auch im neuen Jahre berichtet: Die öffentliche Ausgabendrosselung wirkte sich unverkennbar aus. Eine „maßloser arbeitsmangelnde Unternehmerschaft“ — eigentlicher Arbeitsmangel wohl weniger als Auftragsmangel D. R. — umtreibe die Aufträge aber so, daß die Preise sehr gedrückt seien. Im Ausland sei für die Inlandsausfälle bisher ein Ausgleich gefunden. Der Young-Plan bringe aber eine zunehmende Verringerung der Aufträge auf Reparationskonto, besonders aus Frankreich.

Erna Büsing: Des Paschas leeres Haus

Groß ist es, und kalt und gewaltig, dieses Haus des Paschas. Es gab vielen Künstlern Arbeit und Brot. Das Haus ist eigentlich kein Zeugnis eines Brunkwillens, es ist nur die ortsübliche Kapitalanlage für den vornehmen und frommen Rostem. Er ist reich, jedoch haßt er die banmäßig betriebenen Geldgeschäfte, weil Zins nehmen etwas Unanständiges ist. Kein wahrer Rostem nimmt Zins, das tun die Ungläubigen. Und jeder echte Rostem steht daher bedauernswert verständnislos zu, wie die Ungläubigen, die klugen Kapitalisten, durch ihr ausgenügeltes, fein überlegtes, rücksichtslos angewandtes Wirtschaftssystem Herrscher in seinem Lande werden.

Der Pascha lebt, ein einsamer Mann, allein in diesem großen Hause. Er hat eine zahlreiche Dienerschaft, obwohl er selbst so gut wie gar keine Ansprüche stellt. Und wie ich als dummes Europäer frage: „Wozu denn dieser unnütze Aufwand?“, da ist der alte Mann halb erstarrt über mein unförmiges Empfinden, ringt mit leiser Bewunderung und stellt erst nach ein paar Minuten die Gegenfrage: „Wo sollen die Diener denn hin?“ „Die Zeiten sind schlecht.“ „Die Diener haben sich nichts zuschulden kommen lassen, sie müssen doch bei mir bleiben, ich habe für uns alle zu essen.“ Die Diener sind auf mich aufmerksam geworden, sie sprechen untereinander, die Rehlauten klingen besonders rau, und die Worte sind hart, weil sie sich über mich ärgern. Sind etliche der Diener doch dreißig Jahre und noch mehr in der Familie des Paschas. Nun traut ein Europäer ihnen zu, daß sie sich von ihrem Herrn trennen könnten. Wah hat sie an ihren Platz gestellt, und sie werden ihn ausfüllen. Von einem Selbstbestimmungsrecht des Menschen wissen sie nichts.

Rührend gewissenhaft beschäftigen sie sich mit tausend Kleinigkeiten. Sie überwachen das Wachstum von aus Europa eingeführten Gurken, betreuen Gartensträucher, aus denen die Sonnenglut jedes Grün zog, so daß sie jetzt blau erscheinen, und pflegen Goldfische, weil der Pascha mal gelegentlich durch den Garten schlendert und sich über alle diese Dinge freut. Jenwärts der Mauer, draußen in der Stadt, da kämpft die neue Zeit. Doch die Diener verspüren nichts von dem Ringen um Probleme, und der Pascha löst nach Mohammeds Rezept die soziale Frage, indem er als Reichster den Zehnten seiner Habe freiwillig als Steuer gibt.

Der Pascha führt mich durch sein Haus und öffnet Türen zu Zimmern, die für ihn keine Gebrauchszimmer mehr sind, da sie zu Behältern von Erinnerungen wurden. Da ist das Zimmer seiner Mutter. Mit Ehrfurcht nennt er ihren Namen. Das Zimmer ist von kalter Pracht, aber es paßt zu dem Zimmer einer Mutter. Hier wagte der Pascha nie zu rauchen, hier wagte der Pascha, selbst als er bereits ein Mann in Amt und Würden war, sich nie unangefordert zu setzen, hier war er stets das kleine Kind. Er durfte nicht „du“ zu seiner Mutter sagen, er sagte „Sie“ und „meine Dame“, und die Ehrfurcht stand bei ihm stets vor der Liebe. Die Mutter war eine Frau, nie sprach er zu ihr von seinem Beruf und der Welt da draußen. Die Mutter war eine Frau, er zog sich sorgfältig an, bevor er zu ihr ging, er brachte ihr die schönsten Geschenke mit. Die Mutter war die Frau seines Vaters, als erwachsener Sohn küßte er nur ihre Hand, und die auch nur ganz scheu und zurückhaltend.

Und die Mutter suchte ihm die Frau aus, die er erst nach der Eheführung sehen durfte. Das Zimmer dieser Frau ist mit Kindererinnerungen gefüllt, mit zerbrochenem Spielzeug und vertageten Kleidchen. Denn diese Frau war wieder nur Mutter. Nichts wußte sie von dem Leben ihres Mannes. Er war der Vater ihrer Kinder, und sie war ihm dankbar für die beiden Söhne. Sie erkrankte lebensgefährlich in jungen Jahren, und das Abschiednehmen fiel ihr schwer, bis sie ihren jüngsten Sohn, der noch ein Säugling war, in den empfangsbereiten Armen der zweiten Frau ihres Mannes mußte. Als sie dann die glücklichen Augen der blühenden Frau auf dem hilflosen Kinde ruhen sah, starb sie sanft.

Die zweite Frau erzog die beiden Kinder der Verstorbenen mit dem eigenen Sohne. Es waren Kinder! Es gab für die Frau keinen Unterschied zwischen ihrem Kinde und den anderen Kindern. Die Frau war Mutter, und das Wort Stiefmutter hatte ihre Sprache nicht. Dieses Wort wäre ja auch überflüssig, weil gar kein Unterschied zu bezeichnen ist. Das Zimmer der zweiten Frau ist heiter, und eine Photographie der einstigen Bewohnerin steht auf dem kleinen, aus Frankreich eingeführten Schreibtisch. Sie sagt ein entzückendes, zartes Wachen, in weicher Blüderhose, eine Rolle in der Hand. „Meine Kinder hatten eine französische Erzieherin“, sagt der Pascha. „Sie fotografierte meine Frau“, sagt er wie entschuldigend hinzu. Dann dreht er das Bild um und legt es auf den Schreibtisch, leicht ängstlich, als ob seine Betrachtung des Bildes den Willen der Verstorbenen verletzen könnte, die sich doch nur für ihren Mann fotografieren ließ. Familienbilder an den Wänden, die nicht der Pascha, als echter Oriental, nicht. Die Familie ist etwas heiliges, sie geht keinen Fremden etwas an, und man darf sie auch keinem Fremden ausbringen. Man ist doch kein Europäer, der sich um die Seinen zur Schau stellt!

Dann kommen wir in das Zimmer von Ali, dem ältesten Sohn. Ein paar zerlegte Fahnen, ein paar Waffen sind das Wesentlichste an ihm. Ali fiel in irgendeiner Schlacht. Der Vater erzählt es ruhig, mit Stolz in der Stimme. Der Ausbau des Staates durch den Krieg ist für ihn die gottgegebene Bestimmung. Der Pascha fragt nicht warum? Er denkt nicht darüber nach, daß Krieg nur Morden und Gemordetwerden ist. Er klagt nicht um den frühen Tod seines Sohnes, für ihn ist er weiter nichts als die beneidenswerte Vollendung eines wohlgefalligen Lebens.

Osman war der zweite Sohn, sein Zimmer mutet etwas europäisch an. Dort steht eine silberne Schale, da ein silbernes Pferd; es sind Ehrenpreise, die er einst als siegreicher Reiter in europäischen Hauptstädten gewann. Ich sehe auch vergilbte Schleifen von Siegestränken, und unter ihnen liegen zerfallene Blumen. Sie scheinen von Tafeldekorationen zu stammen. Alles sind Erinnerungen an fest, reißlos ausgelebte Stunden. Osman stürzte einmal schlimm mit einem Pferd, das Pferd fiel auf ihn, er war sofort tot. „Fatum“, sagt der Vater. Er klagt nicht um das jähe Ende dieses reichen Lebens. „Fatum“, sagt er und begründet jedwede Einwendung tragisch mit dem Hinweis, daß kein Mensch seinem Schicksal entgehen kann. Und wenn sein Osman mit untergegangenen Beinen auf der Straße gelegen und Schube geflücht hätte, er würde von einem Pferd getödtet worden sein, weil Wah es so wollte. Der Pascha läßt nicht die selbstgewählte Gefahrenquelle gelten. Nein, und wenn kein Osman den weißen Turban des Gelehrten getragen und Kinder unterrichtet hätte, ein Pferd hätte ihn getödtet, weil es sein Fatum, sein vorbestimmtes Schicksal war.

Dann kommen wir an das Zimmer von Etrogul. Von ihm erzählte man mir schon in der Stadt. Etrogul hörte nämlich den Ruf der neuen Zeit. Mit der hingebenden Begeisterung seiner Jugend fand er zu ihr. Er achtete den Vater, er achtete die Lieberlieferung,

aber die Lieberlieferung wies ihn keinen Weg. Er fragte den Vater um Rat, der verwies ihn auf den Koran und die Propheten. Die jedoch trieben Etrogul nur in einen Zwiespalt hinein. Dann kam das Schlimmste für ihn, man trieb Bücher mit der Begeisterung der Idealisten, man verätselte das Gesicht der neuen Zeit. Kleinlicher persönlicher Haberd verwirklichte Ideen, Habpater beartete aus und schmutzige Geschäftemacher schwangen sich auf zu Führern. In den Mauern des großen Hauses war es kalt für Etrogul, er wollte nicht ersticken im Moder und Dampfein, und draußen das Leben war häßlich und gemein. Und das Volk mit seiner nicht zu berechnenden Kraft zum Guten, das lernte Etrogul nicht kennen, das war noch erstarrt in der eigenen großen Leidensfähigkeit. Etrogul war kein Träumer, aber er konnte kein Erwecker sein und wollte kein Verführer werden; darum suchte er als Ausweg den freiwilligen Tod. Der Pascha öffnet das Zimmer von Etrogul nicht; denn in ihm steht die Reihe von Etroguls veräuserten Augen, in ihm leben die zerbrochenen Wünsche und Hoffnungen eines Vaters.

Paul F. Schmidt:

Südafrikanische Felsmalerei

Von 1928 bis 1930 hat Professor Leo Frobenius, der große Entdecker afrikanischer Kulturen, mit wissenschaftlichen und künstlerischen Hilfskräften Südafrika bereist, um die jünger-steinzeitliche Kultur, die alten Metallminen und die Felszeichnungen zu erforschen, die man fälschlicherweise „Bushmanzeichnungen“ nennt. (Die ausgerotteten Bushmänner haben vielleicht wirklich eine solche Kunst in allerletzter Entwicklungsphase ausgeübt.) Die umfangreichen Resultate dieser Reise sind, soweit sie die Felsmalereien betreffen, nunmehr der Öffentlichkeit zugänglich gemacht in Gestalt von 500 Aquarellkopien, etwa der Hälfte seines Materials, die im großen Oberlichtsaal des ehemaligen Kunstgewerbemuseums (Prinz-Albrecht-Straße) ausgestellt sind.

Es ist allmählich Zeit geworden, diese merkwürdigen Dokumente früherer menschlicher Kunstübung wenigstens in Kopien der Nachwelt zu erhalten. Die Originale gehen fast alle einem sichern Untergang durch verändertes Klima und Unversand der Menschen entgegen.

Professor Frobenius, dessen Verdienste auch von der Regierung der Südafrikanischen Union durch eine namhafte Beihilfe anerkannt worden sind, erläutert selber an verschiedenen Stellen die ausgezeichneten Kopien und sucht die schwierigen Deutungen und Zusammenhänge dieser Steinzeitwerke verständlich zu machen.

Das heißt, aus der Steinzeit (dem Paläolithikum, vor allem dem jünger. Magdalenien, etwa dem 8. bis 6. Jahrtausend v. Chr.) stammt nur der Teil der Bilder, der sich im südlichsten Afrika von der Kapkolonie bis ins östliche Transvaal gefunden hat. Er nimmt die rechte Hälfte des großen Saales ein. Stil und Darstellungsgebiete entsprechen völlig denen der europäischen Höhlenmalerei in Südfrankreich und Nordspanien (Altamira usw.): Jagdtiere, Längs, Projektionen u. dgl., in einer fast impressionistisch lebendigen Auffassung, polychrom behandelt mit verriebenen Farben. Das Charakteristische dieser Kunstwerke an überhängenden Felsen und in Höhlen der Südafrikanischen Union ist nun aber, daß sie fortwährend übermalt wurden, daß diese Uebermalungen, aus verschiedenen Zeiten und vielleicht Kulturen stammend, dennoch den gleichen Stil wahren und nur in den Dimensionen kleiner werden. Den überzeugendsten Eindruck davon gibt das ungeheure Höhlenbild von Kpit Kholo im Beaufortland, dem Eingang gegenüber ausgestellt, 11 mal 2,25 Meter groß. Wann die letzte Darstellungsschicht aufgemalt ist, entzieht sich unserer Vermutung; möglicherweise noch in der Zeit, da die Europäer schon im Lande waren. Es ist dies ein handgreiflicher Beweis für eine Erscheinung, die nur Afrika eigentümlich ist: daß die unterschiedlichsten Kulturphasen unbedenklich nebeneinander lebendig blieben, und daß auch die ältesten Kulturen (der Steinzeit!) strichweise noch fortbestanden, bis die Europäer kamen und alles in ihre zivilisatorische Vernichtung hineingogen.

Noch älter, die ältesten Denkmäler Südafrikas überhaupt, sind die Eingravierungen in Blöcke von allschärftstem Gestein wie

Nun weiß ich, warum der Pascha so unermüdet arbeitet, warum er armen Leuten Briefe schreibt und ihre Rechtsstreitigkeiten ordnet. Er muß arbeiten, weil die seelische Belastung ihn sonst zerbricht. Nun weiß ich, warum er so viele junge Männer an sich zieht, um sie bald darauf wieder, reich beschenkt, zu entlassen, bei der sich stets gleich bleibenden freundlichen Erklärung, durch sein eigenes Verschulden mit ihnen nicht arbeiten zu können. Er sieht in jedem Gesicht Etrogul. Er hört in jeder Stimme Etrogul. Der Selbstmord ist eine Todsünde für den Rostem, der Selbstmörder ist ein Deserteur vor dem Fatum.

Die Sonne sinkt, der Pascha steht gen Osten und öffnet seine Hände wie zum Gebet; aber für die Seele des Jünglings Etrogul kann er nicht beten.

Der Pascha gibt mir die Hand, ich gehe. Ich weiß, dieser Mann ist ganz Gefühl, er ist ein Lieberbiefel des alten Orients; der aus sich heraus nichts tun will und auch nichts tun kann für die neue Zeit. Ehrlich bedauere ich diesen Mann, bei dem das Gefühl den reichen Verstand überwuchert und der sein Leben als überschwere Bürde trägt, weil er seinen Etrogul, seinen Jüngling, lebt in einem unauslöschlichem Haß, der den Toten über sein längst schon zerfallenes Grab verfolgt.

Basalt und Diabas, in Abgüssen und Abklatschen ausgestellt. Es sind ausschließlich Tiergestalten (die wenigen menschlichen Figuren sind geringer und sicher später), und es ist sehr zu beachten, daß diese frühesten Kunstwerke technisch mit vollendeter Akkuratheit im schwierigsten Material gearbeitet sind, künstlerisch aber zu den vorzüglichsten und überraschendsten Beispielen von Tierdarstellungen gehören, voll von Wahrheit und Lebendigkeit.

Die merkwürdigsten Entdeckungen hat aber die Frobenius-Expedition bei den Malereien in Südrhodesia gemacht. Der nördliche Stil ist von dem des Kaplandes durchaus verschieden. Er gehört einer späteren Zeit an, die man historisch nicht gut fixieren kann, die aber nichts mit der Steinzeit, eher mit dem Komplex der früh-ägyptischen und ostmesopotamischen Kultur zu tun hat. Es ist die eigentliche Entdeckung Frobenius', und wahrscheinlich wird sie zur Erforschung des alten Ostafrikas mit gebundener Totenmythologie, und damit zur Aufhellung der Ursprünge der ägyptischen und Mittelmeer-Kulturen beitragen.

Entscheidend ist diese Malerei reine Umrißkunst, die Ausfüllung der Flächen geschieht gleichmäßig mit Eisenoxid (Rot), eine Belagung von weißer Innenzeichnung ist bisweilen noch erhalten, wahrscheinlich überall anzunehmen. Dazu eine strenge, fast hieratische Auffassung der Menschenfigur, mit Vorliebe für scharfe Winkel und teilförmige Flächen, eine „Frontalklinie“, die oft an die ägyptischen Reliefs erinnert. Gegenständig haben sich Totenzeremonien hervor und magische Beschwörungen um Regen; dazu eine auffallende Menge von sehr unterschiedlichen landschaftlichen Motiven: Bäume, Berge, Seen (einmal wird ein Selbstmörder mit einem solchen in Verbindung gebracht), Flüsse mit Schlangen und Brücken, über die Springprojektionen voll abenteuerlicher Akrobatik hinüberwecheln. Die dargestellten Tiere sind von strenger Genauigkeit und Lebenskraft im Umriß. Es ist ein Kunstbezirk, der sich ebenso weit von den magischen Primitivitäten des Paläolithikums wie von jeder Art Regeklunst entfernt — die ja ausgesprochen plastischer Art ist und ebenfalls im Dienst der Magie steht. Daß sich diese, nach jeder Richtung hin noch rätselhafte und zu durchforschende Felsmalerei Südrhodesiens vor allem im Dienste sakraler Totenkulte bewegte, beweisen einige von Frobenius entdeckte Königgräber, in denen sich neben seltsamen terrassenartig angelegten Wärdern, Langgefäßen für Aufnahme der Eingeweide und dergleichen, auch Wandmalereien der gleichen Motive und derselben Stils fanden. Zugleich stehen sie in zeitlichem und kulturellem Zusammenhang mit den alten Minen (deren Zahl Frobenius und Percy Wagner auf 75 000 berechnen!), mit den Hochbauwerken von „Simbabwe“ und andern Resten alter Priesterstaaten im Süden des Sambesi. Wie sie mit der Kultur des Nillandes und Mesopotamiens, wahrscheinlich auch Indiens zusammenhängen, müssen Untersuchungen der nächsten Zeit lehren. Hier liegen vielleicht Wurzeln der ältesten Menschengeschichte schlechthin für die Kombination unserer Anthropologen bloß, auf deren Durchforschung wir gespannt sein dürfen.

Violet Blacker:

Das Lottospiel in Italien

Wohl kaum ein Europäer denkt auf seine Träume so gut auf wie der Italiener, weiß er doch, daß sie ihm Schlüssel zu seinem Glück werden können, und seine erste Tätigkeit jeden Morgen nach dem Aufwachen besteht darin, sich zu besinnen. Ist ihm dies gelungen, so steht er schnell auf und verschwindet alsbald in einer jener winzigen, finsternen Ladenhöhlen, in denen der staatliche Losverkäufer seines Amtes waldet und die an den ausgehängten fünf Zahlen der letzten Ziehung leicht kenntlich sind. Die Einrichtung einer solchen Lotostube besteht gemeint nur in einem Tisch, einem Stuhl und dem zerstückelten, verschmutzten Traumbuch, in dem ein jeder die Nummern seiner Träume nachschlagen kann. Ungefähr alles, was sich träumen läßt, ist hier den Nummern von 1 bis 90 eingeordnet. Sogar bis auf kleine Details: So bedeutet z. B. die Nummer 90 Angst. Ist die Angst aber so groß gewesen, daß man sich — mit Verlaub — in die Hofe gemacht hat (natürlich im Traum!), so gilt hierfür die Nummer 73. Der Papst untersteht der Nummer 18, der König der Nummer 33.

Schon ein Einsatz von nur 2 Lire kann Gewinn bringen, ja unter den günstigsten Umständen sogar die recht stattliche Summe von 15 000 Lire. In diesem Fall darf man allerdings nur auf eine Stadt spielen, und zwar „terno secco“. Der terno secco hat die wenigsten Gewinnchancen, erringt aber, wenn er herauskommt, selbstverständlich auch den höchsten Satz von allen Spielen. Er wird gespielt, indem man angibt, daß von den fünf gezogenen Zahlen — ein- und zweifellige — mindestens drei bei der Ziehung herauskommen müssen. Beim nächstbesten Spiel müssen zwei bis drei Zahlen gewinnen; es heißt ambo terno. Ganz verschiedene Leute spielen nur den ambo, bei dem schon zwei Zahlen einen kleinen Gewinn bringen.

Nun kann man dann seine Zahlen noch für eine oder für alle

sechs Städte, in denen gespielt wird, gültig erklären. Letzteres bezeichnet man mit „tutte le ruote“. Die Gewinnchancen sind dabei zwar verhältnismäßig, der Gewinn aber auch entsprechend gering. Ziehungen finden jeden Samstag, mittags 12 Uhr, in Florenz, Turin, Rom, Bari, Neapel und Palermo statt. Sie werden von armen Waisenkindern getätigt, und da sie öffentlich geschehen, können den Unschuldskindern nicht selten die schlimmsten Schmähungen und Verwünschungen aus der temperamentlosen Menge an den Kopf, wenn die gezogenen Zahlen nicht die erhofften sind. Befindet sich aber ein seltener Gewinner unter dem harrenden Volk, so wird natürlich ebenso laut und begeistert alle Gnade des Himmels auf das Glückskind herabgeschleht.

Im Gegensatz zu uns in Deutschland gibt es in Italien kaum einen Menschen, der nicht in der Lotterie spielt. Dem Staat erwächst dadurch eine jährliche Einnahme von vielen Millionen, andererseits kommt es nicht allzu selten vor, daß sich ganze Familien mit dem Spiel ruinieren. Trotzdem ist wohl fast jeder Italiener bereit, lieber zu hungern und zu frieren, als auf den Ripel seines wöchentlichen Lottospiels zu verzichten. Selbst wer Analphabet ist, kann an den Abbildungen des Traumbuchs die gesuchten Nummern erkennen (Sogar hierfür ist also gesorgt!) Teuer sind unsere Lose. Wohllos nehmen wir eine Nummer, die uns nichts besagt. Über den Bergen aber können schon zwei von fünf gezogenen Zahlen Gewinn bringen, Reichtum, Glück und das erste dolce far niente für ganze 44 Pfennige! Gefegnetes Land!

Die Apfelsine wurde um 1500 von den Portugiesen unter dem Namen chinesischer Apfel im Süden von Europa angepflanzt. Im 18. Jahrhundert kam dann der Name Apfelsine, d. h. Apfel aus Sina oder Sina auf.

Das Gehirn des Mannes wiegt im Durchschnitt 140 Gramm mehr als das der Frau.

Das erste Schlafhaus wurde 1498 in Nürnberg errichtet.

